

WEGE AUS DER GEWALT?



- **Gesellschaftliches Engagement im Kontext politischer Destabilisierung und gewaltsamer Konflikte im Sahel** – *Dokumentation einer Tagung von Fokus Sahel und Evangelische Akademie Frankfurt am 28./29. März 2019 in Frankfurt – inklusive Empfehlungen an Politik und Zivilgesellschaft*



Titelbild: Kundgebung der bäuerlichen Basisgewerkschaft COPON im Office du Niger, Mali 2017. Foto: Afrique-Europe-Interact

Workshop zu Jugend: Floretta Kayales (Brot für die Welt) und Fatoumata Touré (Mali), Foto: Helga Dickow

HERAUSGEGEBEN VON

Fokus Sahel

SPRACHEN

Die Broschüre liegt auf deutsch und französisch vor

1. AUFLAGE, JULI 2019

1.000 Stück (deutsch),
300 Stück (französisch)

FOTOS

Helga Dickow, Afrique-Europe-Interact

AUTOR

Olaf Bernau

V.I.S.D.P.

Grit Lenz
Koordinatorin Fokus Sahel
Am Sudhaus 2, 12053 Berlin

TAGUNGSORGANISATION

Fokus Sahel in Kooperation mit



Fokus Sahel ist ein zivilgesellschaftliches Netzwerk, dessen mitwirkende Organisationen sich im Sahel durch eigene Projekte oder Unterstützung von Partnerorganisationen engagieren. Der interne Austausch, die Vernetzung mit anderen Akteuren und die gemeinsame Lobby- und Advocacy-Arbeit zu friedens- und entwicklungspolitischen Themen stehen im Mittelpunkt der Arbeit. Fokus Sahel setzt sich derzeit aus folgenden Mitgliedern zusammen: ADRA, Afrique-Europe-Interact, Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt, Amnesty International, Arnold-Bergstraesser-Institut, Brot für die Welt, CARE Deutschland-Luxemburg, BORDA, Caritas international, Kindermissionswerk Die Sternsinger, Eirene Internationaler Christlicher Friedensdienst, medico international, Missio München, Miserior, Missionszentrale der Franziskaner, Oxfam Deutschland, Partnerschaftsverein Chemnitz Timbuktu, terres des hommes, urgewald, DVV International, Welthungerhilfe. Weitere Informationen finden sich auf der Webseite von Fokus Sahel, dort kann auch der regelmäßig erscheinende Newsletter zu Sahel-spezifischen Themen heruntergeladen werden: www.fokussahel.de 

EINLEITUNG	4	WIE ES ZU DER TAGUNG GEKOMMEN IST
	7	ZUSAMMENFASSUNG DER WICHTIGSTEN ERGEBNISSE
DOKUMENTATION	9	ERÖFFNUNG DER TAGUNG
	11	ERSTE ANNÄHERUNGEN AN DAS THEMA: DIE DREI ERÖFFNUNGSVORTRÄGE DES ERSTEN TAGES
	11	Bernhard Schmid: Ökonomische und geostrategische Interessen internationaler Akteure im Sahel
	13	Badié Hima: Governance – Herausforderungen im Kontext der Sicherheitskrise in der Sahelregion
	14	Youssef Coulibaly: Ziele und Konsequenzen der „Versicherheitlichung“ der deutschen und europäischen Politik gegenüber den Sahelstaaten
	17	THEMATISCHE WORKSHOPS UND EINFÜHRUNGSVORTRÄGE
	17	Workshop I: Jugend zwischen Perspektivlosigkeit und Aufbruch. Einführungsvortrag von Boniface Cissé
	19	Workshop II: Ressourcenkonflikte im Kontext von Klimawandel und Landgrabbing. Einführungsvortrag von Chéibane Coulibaly
	21	Workshop III: Internationale Sicherheitspolitik und lokale Konflikttransformation. Einführungsvortrag von Moussa Tchangari
	24	ÖFFENTLICHE PODIUMSDISKUSSION: EU-POLITIK IM SAHEL – UM WESSEN SICHERHEIT GEHT ES?
	26	THEMEN, DIE OFFEN GEBLIEBEN SIND ODER VERTIEFT WERDEN SOLLTEN
	28	ALLGEMEINE EMPFEHLUNGEN & EMPFEHLUNGEN DER WORKSHOPS
INFOS	32	REFERENT*INNEN DER TAGUNG
	34	ERGÄNZENDE INFORMATIONEN
		Dokumentation der Vorträge im Internet; Finanzielle Förderung der Tagung; Evangelische Akademie Frankfurt; Autor der Dokumentation
	35	PROGRAMM DER TAGUNG

01

WIE ES ZU
DER TAGUNG
GEKOMMEN IST

Mit großer Mehrheit hat der Deutsche Bundestag am 9. Mai 2019 dem Antrag der Bundesregierung stattgegeben, die seit 2013 laufende Beteiligung der Bundeswehr an der „Multidimensionalen Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali“ (MINUSMA) um ein weiteres Jahr zu verlängern. Lediglich Die Linke und die AfD sprachen sich geschlossen gegen MINUSMA aus, wenn auch aus völlig unterschiedlichen Gründen. In der Debatte gingen Redner*innen aller Parteien auf die dramatische Lage in dem westafrikanischen Land ein, dennoch sollte sich bei der Abstimmung die optimistische Lesart der Bundesregierung durchsetzen. Danach wirke die UN-Friedensmission MINUSMA "unmittelbar unterstützend für die europäischen Bemühungen" und ergänze "den umfassenden internationalen Ansatz zur Stabilisierung der Region." Ziel sei es, "dazu beizutragen, Mali in eine friedliche Zukunft zu führen."¹

Das Votum war keineswegs überraschend. Hierzu gehörte auch, dass in der gleichen Bundestagssitzung die abermalige Beteiligung der Bundeswehr an der EU-Ausbildungsmission für die malischen Streitkräfte – kurz: EUTM Mali – beschlossen wurde. Gleichwohl gehören beide Entscheidungen auf den Prüfstand. Denn trotz – oder auch wegen – mehrerer internationaler Militärmissionen hat sich die allgemeine Sicherheitslage im gesamten Sahelraum in den letzten 3 Jahren enorm zugespitzt.

Allein in Mali sind zwischen April 2018 und April 2019 ungefähr 600 Menschen ums Leben gekommen. Weltweites Entsetzen hat vor allem ein Massaker in dem Dorf Ogossagou im Zentrum Malis ausgelöst, wo am 23. März 2019 insgesamt 160 Angehörige der überwiegend von Viehzucht lebenden Peul-Community getötet wurden – mutmaßlich von einer vom malischen Staat unterstützten oder zumindest geduldeten Dogon-Miliz. Hinzu kommen Angriffe auf vermeintliche Repräsentanten der staatlichen bzw. etablierten Ordnung, darunter Beamt*innen, Lehrer*innen und Dorfcheads. In der Region Mopti sind nur noch 30 bis 40 Prozent der staatlichen Verwaltungsbehörden präsent, 500 Schulen sind geschlossen, im gesamten Land hat sich die Zahl der Binnenvertriebenen gegenüber 2018 auf 120.000 Menschen verdreifacht.² Ganz ähnlich in den Nachbarländern Niger, Burkina Faso und Tschad, auch dort kommt es nahezu täglich zu Anschlägen auf Sicherheitskräfte und Zivilist*innen. Die bewaffneten Gruppen operieren teils unter dschihadistischer Flagge wie die Massina-Befreiungsfront ("Katiba Macina"), die GSM³ ("Unterstützergruppe für den Islam und Muslime") und Boko Haram, teils als kriminelle Netzwerke – einschließlich fließender Übergänge zwischen beiden Fraktionen. Auch Selbstverteidigungseinheiten treten regelmäßig auf den Plan. In aller Regel sind diese eine Reaktion auf die Nicht-Präsenz staatlicher Sicherheitskräfte, ohne dass es sich automatisch um ethnisch ausgerichtete Gruppen handeln würde. Beispielsweise hat sich in der Provinz Soum im Norden von Burkina Faso bereits Anfang der 2000er Jahre die Gruppe Koglweogo gebildet, die gegen irregulären Holzeinschlag, Viehdiebstahl und Bandenwesen vorgeht. Eine vierte Fraktion stellen die staatlichen Sicherheitskräfte dar. So berichtet die Tschadsche Liga für Menschenrechte ("Ligue tchadienne des droits de l'Homme") in einem Report von März 2019, dass es im Zuge des Kampfes gegen Boko Haram immer wieder zu Vertreibungen durch die nigerianische und tschadsche Armee kommt.⁴

1 Die UN-Mission MINUSMA hat kein Kampfmandat. Ihre nur auf Mali gemünzten Aufgaben sind vielmehr die Begleitung des Friedensprozesses, die Wiederherstellung der staatlichen Integrität und der Schutz der Zivilbevölkerung. Demgegenüber geht die von Frankreich getragene Operation Barkhane (zusammen mit der von den Sahelländern eingesetzten G5-Interventions-truppe) im gesamten G5-Sahelraum gegen dschihadistische und bewaffnete Gruppen vor.

2 Die Zahlen stammen aus dem Artikel: Denis M. Tull: VN-Peacekeeping in Mali. Anpassungsbedarf für das neue Minusma-Mandat, in: SWP-Aktuell, Nr. 23, April 2019

3 Groupe de soutien à l'islam et aux musulmans (GSIM)

4 Der Bericht ist online abrufbar: <https://www.laltdh.org/> (Ruebrik: Rapports)



*Ouiry Sanou (Burkina Faso),
Foto: Helga Dickow*

Auch in Mali wird regelmäßig von Übergriffen durch unterschiedliche Armeeeinheiten berichtet. So sollen laut UN-Angaben malische G5-Soldaten am 19. Mai 2018 auf dem Viehmarkt von Boulkessy im Zentrum Malis 12 als Terroristen verdächtige Zivilisten buchstäblich exekutiert haben, nachdem zuvor eine Patrouille der malischen Armee angegriffen wurde.

Vor diesem Hintergrund hat das Netzwerk Fokus Sahel in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Frankfurt am 27./28. März 2019 zu einer Fachtagung unter dem Titel "Wege aus der Gewalt? Gesellschaftliches Engagement im Kontext politischer Destabilisierung und gewaltsamer Konflikte im Sahel" eingeladen. Vier Zielsetzungen standen im Zentrum: Erstens die gesamtgesellschaftlichen Dynamiken im Sahel besser zu verstehen, unter anderem hinsichtlich der regionalen und nationalen Besonderheiten. Zweitens zu klären, inwiefern die internationalen Militärmissionen in den letzten 6 Jahren eher stabilisierend oder destabilisierend gewirkt haben. Drittens auszuloten, welche zivilen Maßnahmen konfliktvorbeugendes bzw. konfliktreduzierendes Potential haben – samt der Frage, in welchem Verhältnis zivile und militärische Vorgehensweisen zukünftig stehen sollten. Viertens zu konkretisieren, welche Aufgaben zivilgesellschaftliche Akteure bei der Überwindung der Dauerkrise wahrnehmen könnten, insbesondere in den Sahelländern selbst.



*Walter von den Driesch
(Bundesregierung), Foto: Helga Dickow*

Zum grundlegenden Konzept der Tagung gehörte des Weiteren, überwiegend Wissenschaftler*innen und Menschenrechtsaktivist*innen aus dem Sahel als Referent*innen einzuladen – nicht zuletzt Vertreter*innen von Partnerorganisationen der einzelnen Fokus Sahel-Mitglieder. Denn die öffentliche Debatte zum Sahel ist in Europa nicht nur von europäischen Interessen und Zuschreibungen geprägt, sondern zeichnet sich auch durch mangelhafte Kenntnisse der Region aus. So begründete die Bundestagsabgeordnete Christine Buchholz die durchaus berechnete Skepsis der LINKEN gegenüber MINUSMA unter anderem mit dem Hinweis, dass die UN-Friedensmission Mali nicht befriedet, sondern zunehmend militarisiert habe – mit der Konsequenz, dass sich die bewaffneten Konflikte vom Norden nach Zentralmali ausgedehnt hätten. Diese Feststellung ist nicht völlig von der Hand zu weisen. Verkannt wird aber, dass die Konflikte im Zentrum Malis primär eigene, unter anderem in uralten Landkonflikten verankerte Ursachen haben, wie **Chéibane Coulibaly** – Professor für Entwicklungssoziologie in Bamako – während der Tagung detailliert ausführte. Noch fragwürdiger ist freilich, dass bei Sahel-Debatten in Europa üblicherweise Themen wie Terrorismus, Migration und grenzüberschreitende Kriminalität die Agenda bestimmen – also das, was die EU in ihrem 2015 verabschiedeten "Sahel-Aktionsplan" als ihre maßgeblichen Prioritäten definiert (zusammen mit besseren Beschäftigungsmöglichkeiten für Jugendliche).

Demgegenüber stehen für Menschen in den Sahelländern ganz andere Herausforderungen im Vordergrund. Ihr Fokus liegt vor allem auf der Frage menschlicher Sicherheit, die nicht nur physische Unversehrtheit umfasst, sondern auch politische, ökonomische und soziale Rechte.

Wie gegenläufig die Perspektiven sind, sollte sich spätestens bei einer öffentlichen Podiumsdiskussion zeigen, die am zweiten Abend der Tagung unter dem Titel "EU-Politik im Sahel – um wessen Sicherheit geht es?" stattgefunden hat. Denn mit von der Partie waren sowohl der Sahel-Koordinator der EU, **Pierre Yves Boissy**, als auch der Sahelbeauftragte der Bundesregierung, **Walter von den Driesch**. Mehrfach ist es dort zu einem offenen Schlagabtausch gekommen. Beispielsweise, als die beiden Regierungsvertreter die Frage von **Youssef Coulibaly** – Rechtsprofessor in Bamako – unbeantwortet ließen, inwiefern die Sicherheit im Sahel seit Beginn der externen Militäroperationen zugenommen habe, im Gegenzug jedoch Mutmaßungen über die vermeintliche Überbevölkerung in den Sahelländern anstellten. Dies stieß bei vielen auf Unverständnis, auch bei **Ouiry Sanou**, Vertreter der Jugendorganisation ODJ aus Burkina Faso: "Warum kümmert ihr euch um unsere Geburtenrate, während euch die katastrophale Gesundheitssituation und die täglich sterbenden Kinder kalt lassen?! Lasst uns doch einfach unsere Revolution machen [was eine Anspielung auf eine in der Podiumsdiskussion von **Moussa Tchangari** aus Niamey erhobene Forderung war], dann können wir uns im Anschluss um unsere Geburten kümmern. Europa sieht nicht, was uns wirklich umtreibt. Ihr fürchtet die Putsche, weil ihr die Macht in den Händen eurer afrikanischen Regierungsmarionetten halten wollt, damit ihr weiter unsere Bodenschätze ausbeuten könnt, ohne dass hiervon die Masse der Bevölkerung profitieren würde." Gewiss, über diese und weitere Fragen

konnte kein Einverständnis erzielt werden, aber atmosphärisch herrschte im Saal eine Art existentielles Knistern. Deutlich wurde, dass es in der Sahelregion um Menschen geht, nicht um europäische Sicherheitsinteressen. Insofern dürften wohl die meisten Veranstaltungsteilnehmer*innen mit dem an George Orwell angelehnten Fazit des Moderators **Alexander Göbel** einverstanden gewesen sein: "Freiheit ist, den Menschen das zu sagen, was sie nicht hören wollen. Insofern war das ein sehr freier Abend."

Die vorliegende Dokumentation verfolgt drei Ziele: Zunächst den Verlauf der Tagung zu dokumentieren, sodann jene Fragestellungen näher zu betrachten, die weiteren Diskussionsbedarf beinhalten oder die in Frankfurt nicht näher zur Sprache gekommen sind und schließlich Empfehlungen auszusprechen. Die Empfehlungen haben sich unmittelbar aus den Diskussionen während der Tagung ergeben, sind aber nicht mit den Referent*innen und Teilnehmer*innen gemeinsam beschlossen worden. Vielmehr handelt es sich um Schlussfolgerungen, die der Steuerkreis von Fokus Sahel im Auftrag des Netzwerks gezogen hat – nicht zuletzt unter Berücksichtigung der im Plenum vorgestellten Workshop-Ergebnisse. Wichtig ist diesbezüglich auch, dass – bis auf zwei Ausnahmen – alle Beiträge der Konferenz auf der Webseite von Fokus Sahel dokumentiert sind. Dabei handelt es sich teils um stichpunktartige Merktzettel, teils um vollständig ausgearbeitete Redemanuskripte. Was zum letzten Punkt führt: Fokus Sahel möchte an dieser Stelle einmal mehr allen Referent*innen ganz herzlich dafür danken, dass sie nach Frankfurt gekommen sind und es somit den in Europa lebenden Teilnehmer*innen der Tagung erlaubt haben, ein realitätstauglicheres Verständnis für die schwierige und komplexe Situation im Sahel zu entwickeln. ☺

02

ZUSAMMENFASSUNG
DER WICHTIGSTEN
ERGEBNISSE

a) Bei der Tagung ging es – wie in der Einleitung schon ausgeführt – sowohl um die konkreten Auswirkungen internationaler Militäroperationen in den G5-Sahelländern (MINUSMA, Barkhane und G5) als auch um die Bedeutung ziviler Vorgehensweisen bei der Bearbeitung der unterschiedlichen bewaffneten Konflikte. Die wohl wichtigste Schlussfolgerung lautete, dass die grundsätzlichen Probleme im Sahel nicht militärisch gelöst werden können und sich daher vor allem zivile Vorgehensweisen empfehlen. Ungeachtet dessen blieb die Frage offen, inwiefern die internationalen Militäroperationen eher stabilisierende oder destabilisierende Effekte haben. Entsprechend hat sich die Tagung nicht für einen kurzfristigen Abzug internationaler Truppen ausgesprochen, auch wenn einzelne Referent*innen ausdrücklich dafür plädiert haben. Insgesamt bestand Einigkeit darüber, dass die Gesamtsituation hochgradig komplex, mitunter auch widersprüchlich ist – einschließlich erheblicher Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern und Regionen.

b) Hinsichtlich der Auswirkungen internationaler Militäroperationen standen sich zwei Positionen gegenüber, ohne dass dies jedoch mit einer Lagerbildung unter den Teilnehmer*innen einhergegangen wäre. Auf der einen Seite wurde betont, dass die militärischen Interventionen die aktuellen Eskalationsdynamiken verschärfen, bisweilen sogar (mit)verursachen würden. Für diese Perspektive wurden vor allem vier Erfahrungswerte aus den letzten Jahren genannt: *Erstens*, dass die militärischen Auseinandersetzungen mit zum Teil gravierenden Konsequenzen für die Zivilbevölkerung einhergehen und insofern Wasser auf die Mühlen

jener Kräfte darstellen, die an einer Zuspitzung der Lage interessiert sind. *Zweitens*, dass im Zuge derartiger Zuspitzungen lokale Friedens- und Dialoginitiativen an den Rand gedrängt werden und somit keine präventive Wirkung mehr entfalten können. *Drittens*, dass die militärische Präsenz internationaler Truppen von Teilen der Bevölkerung als Unterstützung für die vielerorts abgelehnten Repräsentant*innen des Staates empfunden wird und daher eine Glaubwürdigkeitslücke für die internationalen Truppen entstehen lässt. *Viertens*, dass insbesondere Frankreich seine militärische Präsenz ganz unverhohlen nutzt, um eigene Interessen durchzusetzen⁵, was wiederum in der Bevölkerung die Bereitschaft stärkt, dschihadistische und bewaffnete Gruppen zu unterstützen oder zumindest stillschweigend zu dulden.

Auf der anderen Seite hieß es, dass die Lage ohne internationale militärische Unterstützung noch dramatischer wäre. Danach sind die Streitkräfte insbesondere von Mali, Burkina Faso und Niger nicht in der Lage, den diversen dschihadistischen und bewaffneten Gruppen Einhalt zu gebieten. Als militärische Defizite wurden insbesondere ein Mangel an Kapazitäten, finanziellen Ressourcen und praktischen (Kampf-)Erfahrungen genannt. Und das mit der Konsequenz, dass staatliche Sicherheitskräfte vielerorts kaum präsent sind und somit den Schutz der Zivilbevölkerung nicht gewährleisten können. Dennoch wurden auch aus dieser Perspektive zahlreiche Veränderungen angemahnt. Hervorgehoben wurde unter anderem, dass eine bloße militärische Stärkung der jeweiligen nationalen Armeen nicht ausreichen würde. Vielmehr müssen diese durch funktionierende politische Institutionen

5 Diese Kritik ist vor allem auf das Vorgehen in der Region Kidal gemünzt: Dort kooperiert die französische Armee eng mit Tuareg-Milizen, angeblich weil diese aufgrund ihrer Ortskenntnisse unverzichtbar im Rahmen des Antiterrorkampfes seien. De facto stärke dies jedoch, so die Kritik, jene Kräfte innerhalb der Tuareg-Community, die sich für eine Autonomie oder gar staatliche Eigenständigkeit des Nordens Malis einsetzen – eine Perspektive wiederum, die Frankreich deshalb entgegenkomme, weil Frankreich so einfacheren Zugriff auf Bodenschätze in der Sahara erhalten würde, vgl. hierzu auch Charlotte Wiedemann: Mission Mali. Ein Desaster hinter der Fassade des Erfolgs, in: le monde diplomatique, September 2014 - abrufbar unter: www.monde-diplomatique.de

kontrolliert bzw. überwacht werden, nur so können jene Übergriffe und Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Sicherheitskräfte verhindert werden, die ihrerseits die bereits laufenden Eskalationsdynamiken immer wieder zuspitzen.

c) Insgesamt bestand weitgehender Konsens darüber, dass zivile gegenüber militärischen Maßnahmen Vorrang haben sollten. Denn Ursache der gesamtgesellschaftlichen Krisendynamiken im Sahel sind keineswegs terroristische oder bewaffnete Gruppen. Deren Existenz ist vielmehr als Krisensymptom zu begreifen, auch wenn mittlerweile von einer gewissen Eigendynamik ausgegangen werden muss. Demgegenüber ist eine ernsthafte Auseinandersetzung mit all jenen Faktoren erforderlich, die für die Krisen tatsächlich verantwortlich sind. Entsprechend sind während der Tagung vor allem drei Krisenkomplexe zur Sprache gekommen: *Erstens* "fragile bzw. gescheiterte Staatlichkeit" (defizitäre Infrastruktur, manipulierte Wahlen, Korruption, Klientelismus, Justizbestechlichkeit etc.), *zweitens* "gesellschaftliche und wirtschaftliche Probleme" (Landkonflikte, ethnische Spannungen, soziale Gegensätze, Diskriminierung junger Menschen, wirtschaftlicher Dauerstillstand etc.), *drittens* "globale Dominanz- und Ungleichheitsverhältnisse" (Rohstoffexporte zu Dumpingpreisen, Klimawandel, ungerechte Handelspolitik, Verdrängung kleinbäuerlicher Haushalte durch internationales Agrobusiness etc.).

Im Laufe der Tagung war auffällig, dass zwar die Themen des dritten Krisenkomplexes auf breites Interesse stießen (unter anderem bei den Vorträgen von Bernhard Schmid und Moussa Tchangari), kaum jedoch in konkrete Empfehlungen umgemünzt wur-

den – wahrscheinlich deshalb, weil globale Rahmenbedingungen als vergleichsweise wenig beeinflussbar gelten. Demgegenüber haben die ersten beiden Krisenkomplexe ungleich mehr Raum in den Diskussionen eingenommen, auch im Rahmen der Workshops, aus denen zahlreiche Einzelempfehlungen hervorgegangen sind (vgl. Kapitel 08). Grundsätzlich gingen die meisten Empfehlungen von zwei Maximen aus: Einerseits, dass die staatlichen Institutionen von Grund auf erneuert werden müssen, andererseits, dass umfassende Fortschritte im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich anzustreben sind – beides unter maßgeblicher Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure. Denn nur wenn beides gewährleistet ist, kann im wirklichen Sinne menschliche Sicherheit garantiert und somit den terroristischen und bewaffneten Gruppen schrittweise der Nährboden entzogen werden.

d) Viele der auf der Konferenz ausgesprochenen Empfehlungen richteten sich primär an die politischen und zivilgesellschaftlichen Akteure in den Sahelländern selbst. Dennoch kommt auch der internationalen Gemeinschaft eine entscheidende Rolle zu, nicht zuletzt im Kontext der internationalen Militäroperationen. In diesem Sinne haben sich während der Tagung **sechs prinzipielle Empfehlungen** herauskristallisiert, die in erster Linie an jene Länder und Organisationen adressiert sind, die sich militärisch und entwicklungspolitisch im Sahel engagieren:

Erstens sollten sich externe Akteure umfassender als bislang mit der Situation in der Sahel-Region befassen, auch unter Berücksichtigung historischer Kontexte und geographischer Besonderheiten. Nur

so ist ein wirklich situationsangemessenes Handeln in der Region möglich. *Zweitens* muss auf dieser Grundlage eine klare Priorisierung ziviler Maßnahmen erfolgen – einschließlich einer signifikanten Steigerung der finanziellen Mittel für die nicht-militärische Entwicklungszusammenarbeit. *Drittens* gilt es, zivilgesellschaftliche Akteure gezielt zu fördern – gleichsam komplementär zur ebenfalls anvisierten Reform staatlicher Institutionen. Ein besonderes Augenmerk sollte dabei auch auf lokale Dialog- und Empowermentaktivitäten gelegt werden, um eine aktive Beteiligung der Bevölkerung an zukünftigen Friedens- und Versöhnungsprozessen zu gewährleisten. *Viertens* ist das derzeitige militärische Engagement drastisch zu reduzieren. Dabei sollte – ausgehend von den bisherigen Aktivitäten in diesem Bereich – ein noch stärkerer Fokus auf Ausbildung und Ausrüstung der Streitkräfte der einzelnen Sahel-Länder liegen, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass ihre Einbettung in funktionierende Institutionen garantiert ist. Fünftens ist anzustreben, dass externe Militäroperationen ausschließlich im Rahmen der UN erfolgen, nicht aber im Rahmen einzelstaatlicher Initiativen wie der französischen Operation Barkhane.⁶ Ebenfalls wichtig ist, dass UN-Einsätze zukünftig umfassender anhand konkreter Zielsetzungen evaluiert werden – stets auch mit Blick auf die Frage, inwiefern das militärische Engagement durch zivile Maßnahmen ersetzt werden könnte. Sechstens ist eine aus der militärischen Zusammenarbeit resultierende Stärkung autoritärer oder diktatorischer Regime wie zum Beispiel dem im Tschad zu vermeiden. Denn der Kampf gegen dschihadistische oder bewaffnete Gruppen rechtfertigt weder Menschenrechtsverletzungen noch die Herbeiführung oder Aufrechterhaltung undemokratischer Verhältnisse. ☉

⁶ In diesem Kontext wird in Mali immer wieder die Forderung erhoben, dass die UN-Mission MINUSMA mit einem Kampfmandat ausgestattet werden sollte, um offensiver gegen dschihadistische und bewaffnete Gruppen vorgehen zu können. Verwiesen sei daher auch auf die seit 2012 einmal jährlich stattfindende Meinungsumfrage "Mali-Mètre" der Friedrich-Ebert-Stiftung in Mali, in der unter anderem die Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den verschiedenen Militäroperationen erhoben wird: www.fes-mali.org



Grit Lenz (Koordinatorin
Fokus Sahel),
Foto: Helga Dickow

03 ERÖFFNUNG DER TAGUNG

9

Die Konferenz wurde von Eberhard Pausch, Studienleiter für Religion und Politik bei der Evangelischen Akademie Frankfurt, und Grit Lenz, Koordinatorin von Fokus Sahel, eröffnet. **Eberhard Pausch** unterstrich in seiner Rede insbesondere jene Maxime, die sich – wie in der Zusammenfassung schon erwähnt – auch in den Ergebnissen der Tagung niederschlagen sollte: nämlich die Notwendigkeit, zivilen gegenüber militärischen Lösungen das Primat einzuräumen. Er verband dies zudem mit dem Hinweis, dass die im Kontext von Afrika und Europa viel zitierte, aber nur selten realisierte 'Augenhöhe' den Willen und die Fähigkeit zum wechselseitigen Zuhören voraussetze.

Grit Lenz berichtete, inwiefern die Tagung eng mit den bisherigen Aktivitäten von Fokus Sahel verknüpft sei: Als Fokus Sahel 2014 gegründet wurde, entwickelte sich der Friedens- und Versöhnungsprozess in Mali rasch zu einem der Schwerpunkte des



*Eberhard Pausch,
Evangelische
Akademie Frankfurt,
Bild: Helga Dickow*

Netzwerks. Hierzu gehörte im Jahr 2014 auch ein Workshop in Bamako zu interkommunitären Dialogprozessen mit Partnerorganisationen von Fokus Sahel, aus dem zwei Jahre später eine französischsprachige Broschüre unter dem Titel "Les pratiques du dialogue intercommunautaire pour la paix et la reconciliation au Mali" hervorgegangen ist.⁷ 2016 folgte ein Workshop zur gewaltfreien Konfliktprävention in Niger, an dem Vertreter*innen der Zivilgesellschaft, staatliche Akteure und Wissenschaftler*innen teilgenommen haben. Parallel wurden in Deutschland interne und öffentliche Veranstaltungen zum Goldabbau, zu Landgrabbing und zur Situation der Jugend im Sahel organisiert. Zudem hat Fokus Sahel im Dezember 2018 in Kooperation mit Brot für die Welt zu einer Tagung in Berlin unter dem Titel "Der Preis der Sicherheit im Sahel. Mobilität, Entwicklung und Europäische Interessen" eingeladen.⁸

Jenseits dieser thematischen Kontinuitätsfäden betonte Grit Lenz noch zwei weitere Aspekte: Einerseits, dass der Frankfurter Tagung das Selbstverständnis zugrundeliege, nicht nur dem Nord-Süd-Austausch zu dienen, sondern auch die Debatten unter den Referent*innen aus den unterschiedlichen Sahelländern zu unterstützen. Andererseits, dass Fokus Sahel an vielfältigen Empfehlungen interessiert sei – sei es an europäische und afrikanische Regierungen, sei es an die Zivilgesellschaft, letzteres vor allem mit Blick auf die eigene Arbeit mit Partnern im Sahel.

Schließlich: Im Zentrum der Tagung stand die vielfältige Bedrohung menschlicher Sicherheit in den Sahelländern. Umso tragischer war es, dass sich unmittelbar im Vorfeld der Tagung drei große Anschläge ereignet haben: So verloren in Mali – wie bereits in der Einleitung erwähnt – am 23. März 2019 in Ogossagou 160 Menschen ihr Leben. In Niger ist es am 27. März in N'Guigmi in der Region Diffa im Süd-Osten des Landes zu einem Doppelanschlag von Boko Haram mit 10 Toten gekommen – ausgerechnet in jenem Dorf, aus dem Moussa Tchangari stammt, einer der Referent*innen der Tagung. In Burkina Faso wurden am 1. und 2. Februar in Yirgou mindestens 55 Menschen getötet, dies im Kontext einer sich stetig zuspitzenden Gewalteskalation in den Grenzgebieten zu Mali und Niger, bei der allein zwischen November 2018 und März 2019 499 Menschen ums Leben gekommen sein sollen. Vor diesem Hintergrund lag es nahe, die Konferenz mit einer Schweigeminute zu beginnen, und das um so mehr, als insbesondere das Dorfmassaker in Ogossagou viele Tagungsteilnehmer*innen zutiefst erschüttert hat. ☹

⁷ Die Broschüre findet sich als PDF auf der Webseite von Fokus Sahel: www.fokussahel.de (Rubrik: Veröffentlichungen // 2016)

⁸ Die Dokumentation der Tagung liegt in deutscher und französischer Sprache vor, sie kann ebenfalls auf der Webseite von Fokus Sahel als PDF heruntergeladen werden (Rubrik: Veröffentlichungen // 2019)

04

ERSTE ANNÄHERUNGEN AN DAS THEMA: DIE DREI ERÖFFNUNGSVORTRÄGE DES ERSTEN TAGES

4.1

Bernhard Schmid

Ökonomische und geostrategische Interessen internationaler Akteure im Sahel

Als Ausgangspunkt wählte Bernhard Schmid die französische Militär-Operation Serval, mit der Frankreich am 11. Januar 2013 in Mali intervenierte. Jene Operation war freilich nicht die viel zitierte Rettung in letzter Not – diesen insbesondere in Frankreich sorgfältig kultivierten Mythos wies Bernhard Schmid explizit zurück: Frankreich sei nicht eingeschritten, um einen angeblich drohenden Vormarsch islamistischer Milizen auf Bamako zu verhindern. Vielmehr habe es sich um einen monatelang vorbereiteten Einsatz gehandelt. Zur Illustration rief Bernhard Schmid den Umstand in Erinnerung, dass der malische Übergangspräsident Diounda Traoré bereits am 24. September 2012 per Brief eine offizielle Bitte um militärische Unterstützung an den UN-Generalsekretär geschickt hatte. Eine Initiative, die wiederum der damalige französische Präsident Francois Hollande zwei Tage später zum Anlass genommen hat, in der UN-Vollversammlung die Bildung einer internationalen Militärintervention in Mali als "Dringlichkeit der Stunde" zu bezeichnen. Es könne daher auch kaum überraschen, so Bernhard Schmid, dass französische Streitkräfte bis heute in Mali geblieben seien. Konkreter: Im August



Bernhard Schmid
(Frankreich),
Foto: Helga Dickow

2014 wurde Serval durch die Operation Barkhane abgelöst. Zu ihr gehören derzeit 3.000 Soldat*innen, Einsatzzentrale ist die tschadische Hauptstadt N'Djamena. Ihr Operationsgebiet umfasst die gesamte G5-Region, also Mauretanien, Mali, Burkina Faso, Niger und Tschad – wichtigster Auftrag ist der Kampf gegen militante Islamisten. Demgegenüber hat die seit 2013 laufende UN-Friedensmission MINUSMA kein Kampfmandat, ihre Aufgaben sind vielmehr die Begleitung des Friedensprozesses, die Wiederherstellung der staatlichen Integrität und der Schutz der Zivilbevölkerung.

Vor diesem Hintergrund warf Bernhard Schmid sodann die Frage auf, welche ökonomischen und politischen Interessen hinter dem dauerhaften französischen Engagement im Sahel stünden. Denn die von Francois Hollande zu Beginn der Intervention lancierte Behauptung, wonach Frankreich "keinerlei wirtschaftliches Interesse in Mali" hege, sei offenkundig falsch – damals wie heute. Nicht weniger irreführend sei es indessen, das französische Vorgehen auf bloße Rohstoff-Interessen zu reduzieren. Diese gäbe es zwar, nicht zuletzt, was den Uranabbau in Niger betreffe, dennoch ist es realitätstauglicher, von einem geo-strategischen Gesamtinteresse auszugehen. Danach sieht Frankreich in seiner militärischen Präsenz einen willkommenen Hebel, um seine unterschiedlichen politischen und

ökonomischen Zielsetzungen stärker zur Geltung zu bringen. Beispielsweise in der Migrationspolitik: Hier weigert sich Mali schon seit vielen Jahren, ein Abschiebeabkommen mit Frankreich zu unterschreiben, was auch mit dem Umstand korrespondiert, dass alle Sahel-Staaten allenfalls gegen hohe Geldsummen bereit sind, die restriktive EU-Migrationspolitik aktiv mitzutragen. Des Weiteren ist zu berücksichtigen, dass zahlreiche französische Firmen in West- und Zentralafrika ansässig sind – beispielhaft wurden der Telekommunikationsriese Orange (der in 19 afrikanischen Ländern tätig ist) und der Mischkonzern Bolloré erwähnt. Um deren Interessen zu wahren, spiele laut Bernhard Schmid auch die maßgeblich von Frankreich gesteuerte Franc CFA-Währungszone eine entscheidende Rolle. Denn indem Frankreich die CFA-Geldmenge knapp hält und jede Abwertung des CFA gegenüber dem Euro verhindert, liegen die beteiligten west- und zentralafrikanischen Länder an der währungspolitischen Kette ihrer ehemaligen Kolonialmacht: Weder kann die Nachfrage durch expansive Ausgabenpolitik gesteigert, noch können Exporte künstlich verbilligt werden (so wie das China bereits seit Jahrzehnten tut). Ergebnis ist, dass die wirtschaftliche Entwicklung immer wieder gehemmt, mitunter auch abgewürgt wird, während umgekehrt die französischen bzw. internationalen Konzerne ihre Gewinne problemlos transferieren können.

Für die Konferenzdynamik war der Beitrag von Bernhard Schmid ein Auftakt nach Maß. Jedenfalls entwickelte sich im Anschluss eine lebhafte Debatte mit zahlreichen Rückfragen und ergänzenden Kommentaren, insbesondere zum Franc CFA und zur Rolle weiterer Länder, darunter Algerien, das ebenfalls als Ordnungsmacht im Sahel agiert.⁹

Zur ökonomischen Bedeutung der bereits im Kolonialismus entstandenen CFA-Währung räumte Bernhard Schmid ein, dass diese nicht alles erklären könne: Selbst dann, wenn die Länder eine eigene Währung hätten, müsse von massiven wirtschaftlichen Schwierigkeiten ausgegangen werden. Dennoch dürfe das Blockadepotential des CFA nicht unterschätzt werden, zumal es auch um eine psychologische Dimension ginge: Der CFA unterminiere die Souveränität der betroffenen Gesellschaften, allein deshalb gehöre er abgeschafft. Hinsichtlich der anderen Länder konnte Bernhard Schmid aus Zeitgründen nur stichwortartig antworten. Gleichwohl wurde deutlich, wie groß die Zahl derjenigen Länder ist, die ihre Interessen in der Sahelregion robust verfolgen – sei es China, das sich ausschließlich auf ökonomische Geschäfte konzentriert, die USA, der es vor allem um politisch-militärischen Einfluss geht oder Saudi-Arabien, das gezielt den Wahabismus fördert, auch deshalb, weil es eine gewisse Nähe zwischen dem vom Iran protegierten Schiitentum und dem in Westafrika weit verbreiteten Sufi-Islam unterstellt.

Insgesamt – darüber bestand Einigkeit – hat Bernhard Schmid's Vortrag eindrücklich gezeigt, wie reduziert der in der europäischen Öffentlichkeit geführte Saheldiskurs ist. Denn globale Macht- und Dominanzverhältnisse kommen dort kaum zur Sprache. Stattdessen prägen so genannte interne Probleme wie Armut, Bevölkerungswachstum oder Klimawandel die politische Agenda. Und das mit dem fatalen Effekt, dass wichtige Lösungsperspektiven gar nicht erst zur Debatte stehen. ☉

⁹ Beispielhaft sei der im Rahmen der Afrikanischen Union laufende Nouakchott-Prozess erwähnt, der die Sicherheitskooperation von 11 Staaten in West- und Nordafrika verbessern soll.



Badié Hima (Mali),
Foto: Helga Dickow

4.2

Badié Hima:

Governance-Herausforderungen im Kontext der Sicherheitskrise in der Sahelregion

Während bei Bernhard Schmid externe Faktoren im Zentrum der Analyse standen, hat Badié Hima die gesellschaftliche Lage im Sahel aus einer Binnenperspektive betrachtet. Seine zentrale These lautete, dass die allgemeine Sicherheitskrise im Kern eine Krise der Regierungsführung ("gouvernance") darstelle. Denn die Qualität des Staates würde üblicherweise an der Fähigkeit seiner Institutionen bemessen, menschliche Sicherheit zu gewährleisten. Genau das aber misslinge im Sahel bereits seit vielen Jahren, wie Badié Hima anhand diverser Beispiele ausführte. Wer etwa mit dem Auto von Gao im Norden Malis in die 1.200 Kilometer süd-westlich gelegene Hauptstadt Bamako fahren möchte, muss aus Sicherheitsgründen einen 800 Kilometer weiten Umweg über Niamey und Ouagadougou nehmen – also über die Hauptstädte der beiden Nachbarländer Niger und Burkina Faso. Auch das Gesundheitssystem oder die Justiz weisen gravierende Mängel auf, hinzu kommen Korruption, Straffreiheit, Klientelismus, ungleiche Vermögensverteilung, wachsender Drogenhandel und vieles mehr. Insgesamt sei dies, so Badié Hima, Ausdruck einer fragilen, mitunter auch gescheiterten Staatlichkeit, ablesbar unter anderem daran, dass mancherorts dschihadistische

Gruppen die vom (abwesenden) Staat gerissenen Lücken füllen, ja sogar Steuern erheben würden.

Der Zusammenhang zwischen Staatsversagen und Sicherheitskrise mag auf den ersten Blick unspektakulär erscheinen. Und doch ist diese Verknüpfung mit Blick auf den vom Westen dominierten Terrorismusdiskurs keineswegs selbstverständlich. Denn wenn Radikalisierung und Fanatismus im Kern kein religiöses, sondern ein soziales Phänomen darstellen, also eine Revolte gegen den fragilen bzw. abwesenden Staat, dann wird auch begreiflich, weshalb Badié Hima zu der Schlussfolgerung gelangt ist, dass die derzeitige Sicherheitskrise nicht militärisch gelöst werden könne – im Übrigen eine Einschätzung, die sich wie ein roter Faden durch die gesamte Tagung ziehen sollte.

Angezeigt sei demgegenüber ein grundlegender Neuanfang, so Badié Hima: Erstens müssen die staatlichen Institutionen eine Art Generalüberholung erfahren – von der Schaffung echter Gewaltenteilung über die Garantie politischer Grundrechte bis hin zur Bekämpfung von Korruption und Straflosigkeit. Zweitens ist eine völlig andere Ausgabenstruktur erforderlich. Denn solange die einzelnen Sahelländer einen beträchtlichen Anteil ihres Staatshaushaltes für den Sicherheitsektor ausgeben müssen¹⁰, bleibt für die grundlegenden Bedarfe der Bevölkerung viel zu wenig übrig. Drittes resultiert aus der Diagnose "fragile Staatlichkeit", dass der Zivilgesellschaft bei der Neuausrichtung des Staates eine zentrale Rolle zukommt. Konkret bedarf es neuer Teilhabe-Formate; auch sollten zivilgesellschaftliche Akteure in den Stand gesetzt werden, staatliches Handeln effektiv zu kontrollieren; zudem sollten sie zu Umfragen, Audits oder Forschungsvorhaben hinzugezogen werden, bei denen im Auftrag des Staates die Bedarfe der Bevölkerung in Sachen menschlicher Sicherheit erhoben werden.

Zurück zur Frage militärischer Interventionen: Badié Hima hat nicht nur auf das prinzipielle

¹⁰ Maman Sidikou, Generalsekretär der westafrikanischen Eingreiftruppe G5 Sahel, spricht in einem Interview mit der Deutschen Welle von Werten zwischen 17 und 30 Prozent (22.02.2019).

Dilemma aufmerksam gemacht, wonach militärische Vorgehensweisen – jedenfalls dort, wo sie prioritär sind – keine angemessene Antwort auf die Grundproblematik in den Sahelländern darstellen. Nein, er ist auch ausführlich darauf eingegangen, inwiefern der Kampf gegen den Terror unter der Bedingung fragiler Staatlichkeit die Sicherheitskrise nicht löst, sondern in aller Regel zuspitzt. So führte Badié Hima Zahlen an, wonach zwischen 2009 und 2016 70.000 Menschen bei der Bekämpfung von Boko Haram getötet wurden, zwei Drittel von ihnen durch staatliche Sicherheitskräfte – insgesamt sollen sich unter den Opfern dreimal mehr Zivilist*innen als Aufständische befunden haben. Hintergrund waren Bestrafsaktionen durch Regierungssoldat*innen, weil die betroffenen Dörfer bzw. Communities Boko Haram offen oder stillschweigend unterstützt hätten. Jenseits derartiger Gräueltaten sind auch niedrigschwellige Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Akteure zu verzeichnen. So werden im Rahmen der seit Jahren geltenden Ausnahmezustände in Niger, Mali und Burkina Faso grundlegende Rechte wie die Meinungs- oder Versammlungsfreiheit systematisch eingeschränkt, außerdem kommt es regelmäßig zu willkürlichen Verhaftungen von Mitgliedern der Zivilgesellschaft, etwa im Jahr 2018, als in Niger 18 Vertreter*innen der Zivilgesellschaft monatelang eingesperrt waren, unter anderem Moussa Tchangari. Laut Badié Hima zeige dies, dass international finanzierte Ausbildung und Ausstattung der jeweiligen Sicherheitskräfte in den Sahelländern nur dann Sinn mache, wenn der Sicherheitssektor demokratisch umstrukturiert sei, wenn also im Zuge einer Sicherheitssektorreform tatsächlich garantiert sei, dass staatliche Sicherheitskräfte demokratisch eingebunden und kontrolliert seien – unter strikter Achtung des Verbots der Straflosigkeit. Sei dies nicht der Fall, bestünde weiterhin die Gefahr, dass es im Anti-Terrorkampf zu systematischen Menschenrechtsverletzungen, Übergriffen und Gräueltaten durch staatliche Sicherheitskräfte kommen könnte.

Auch nach dem zweiten Vortrag hat sich eine intensive Debatte entwickelt – hervorgehoben seien vor allem zwei Aspekte: Einerseits forderte **Silga Lucien** aus Burkina Faso, dass die Kritik am Staat in

eine Selbstkritik der gesamten Gesellschaft verlängert werden müsse – ein Hinweis, der allenthalben auf Zustimmung stieß. Denn die heftig kritisierten Verhaltensweisen der politischen Klasse seien oftmals nur ein Spiegel dessen, was überall in der Gesellschaft vorkomme, auch in zivilgesellschaftlichen Organisationen, wie Silga Lucien ausdrücklich betonte. Andererseits hinterfragte **Moussa Tchangari** die von Badié Hima vorgenommene Charakterisierung der derzeitigen Situation als "komplex". Denn die Probleme lägen auf der Hand, jedes Kind wüsste, was zu tun sei, es gäbe keinen Grund, von einer komplexen Situation zu sprechen. Was auf den ersten Blick wie ein bloßer Streit um Worte erschien, dürfte freilich ein Wink mit dem Zaunpfahl gewesen sein. Denn der Einwurf war ein Appell, endlich ins Handeln zu kommen – nicht zufällig sprach Moussa Tchangari während der Tagung mehrfach von der Notwendigkeit einer "sozialen Revolution". Umso bemerkenswerter war, dass diese Forderung von den Tagungsteilnehmer*innen keineswegs als verbalradikale Traumtänzerie abgetan wurde – mit Ausnahme des Sahel-Beauftragten des Auswärtigen Amtes, **Walter von den Driesch**, der von einem nicht-zielführenden Gedanken sprach. Demgegenüber korrespondierte Moussa Tchangaris Revolutionscredo mit der in der Einleitung erwähnten Stimmung eines existentiellen Knisterns, wonach grundlegende Veränderungen das Gebot der Stunde seien. ☉

4.3

Yousseuf Coulibaly:

Ziele und Konsequenzen der „Versicherheitlichung“ der deutschen und europäischen Politik gegenüber den Sahelstaaten

Während Bernhard Schmid und Badié Hima aus unterschiedlichen Blickwinkeln eine Art Krisenpanorama der G5-Länder gezeichnet hatten, kam Yousseuf Coulibaly die Aufgabe zu, die internationalen Militärmissionen auf ihre Wirksamkeit hin zu untersuchen. Relevant war diese Frage nicht zuletzt deshalb, weil anlässlich der Tagung auch geklärt



werden sollte, ob der Bundestag mit seiner eingangs zitierten Einschätzung richtig liegt, wonach die seit 2013 unter Beteiligung der Bundeswehr laufenden UN- und EU-Missionen tatsächlich einen Beitrag zur positiven Entwicklung in Mali bzw. der Sahel-Region leisten.

Zur Beantwortung dieser Frage schilderte Youssouf Coulibaly zunächst die europäische Sahelpolitik – ausgehend von der 2011 verabschiedeten, 2014 überarbeiteten und 2015 im Rahmen eines Aktionsplan konkretisierten Sahel-Strategie der EU. Dabei ging es nicht nur um militärische, sondern auch um zivile Instrumente, unter anderem verwies Youssouf Coulibaly (als nahezu einziger Referent in Frankfurt) auf die Sahel-Allianz, eine von Frankreich, Deutschland und der EU im Juli 2017 gegründeten Initiative, die bis zum Jahr 2022 7,5 Milliarden Euro für 600 Projekte in den G5-Ländern investieren möchte.¹¹

In einem zweiten Schritt wurde sodann das im UN-Rahmen entstandene Konzept menschlicher Sicherheit eingeführt, mit dem auch viele andere Referent*innen operierten. Denn dieses könne, so die Überlegung von Youssouf Coulibaly, als normativer Maßstab fungieren, um die konkreten Effekte der internationalen Militärmissionen umfassend zu bewerten: Menschliche Sicherheit bezeichnet einen

erweiterten Sicherheitsbegriff, der im Gegensatz zu traditionellen Sicherheitskonzepten nicht den Schutz des Staates, sondern des Individuums und seiner Menschenwürde betont. Das Konzept umfasst

Gesichtspunkte der Menschenrechte, der menschlichen Entwicklung, der Friedenssicherung und der Konfliktprävention. Ausschlaggebend für seine Entstehung war der 1994 erschienene UN-Bericht zur menschlichen Entwicklung, insbesondere weil er für alle Menschen die "Freiheit von Not" sowie die "Freiheit von Angst" reklamiert hat.

Umso eindrücklicher das Fazit des Vortrages: Obwohl Youssouf Coulibaly – anders als Bernhard Schmid – dem europäischen Sahel-Engagement gute Absichten bzw. Vorgehensweisen bescheinigte, gelangte er hinsichtlich der militärischen Interventionen zu einer ausgesprochen pessimistischen Schlussfolgerung. Denn diese hätten keine positiven Effekte gebracht. Stattdessen sei festzustellen, dass die Zahl der Gewaltakte zugenommen habe, mit der Konsequenz, dass sich der einzelne Mensch bzw. Haushalt im Sahel politisch, wirtschaftlich, sozial und umweltbezogen in ständiger Unsicherheit befinde. Konkreter: Spannungen zwischen einzelnen Gruppen wie zum Beispiel Viehhirten und Ackerbauern hat es schon immer gegeben, aber die Sahelzone hat noch nie erlebt, dass sich die seit Jahrhunderten mehr oder weniger friedlich koexistierenden Gemeinschaften in bewaffneten Milizen organisieren und wechselseitig angreifen. Doch damit nicht genug – Youssouf Coulibaly verweist auch auf die Widersprüchlichkeit europäischer Politik: Während die EU irreguläre Migration als Bedrohung für sich selbst betrachtet, ist die Migration nach Europa für eine Person aus der Region Kayes im Westen Malis eine Art familiärer Notwehrakt gegen Hunger und Armut. Dies zeige, so die nur dezent formulierte Kritik, dass das Handeln der EU am Ende nicht konsequent am Kriterium menschlicher Sicherheit orientiert sei, sondern in erster Linie an europäischen Sicherheitsadressen.

Bei der Frage, was zu tun sei, plädierte Youssouf Coulibaly unterdessen nicht für einen Abzug der internationalen Truppen, stattdessen unterbreitete er

¹¹ Zur Sahel-Allianz gehören des Weiteren die Weltbank, die Afrikanische Entwicklungsbank und das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), zudem Dänemark, Großbritannien, Italien, Luxemburg, die Niederlande und Spanien.

vier Vorschläge: Erstens schloss er sich der These von Badié Hima an, wonach die Krise ihren Ausgang von schlechter Regierungsführung genommen hat und daher auch auf dieser Ebene angegangen werden muss. Zweitens gilt es, im Kontext besserer Regierungsführung mehr finanzielle Mittel für wirtschaftliche und infrastrukturelle Entwicklung bereit zu stellen – eine Forderung, die sich auch explizit an Europa richtete. Drittens muss die EU stärker darauf achten, im Rahmen ihrer Migrations- und Antiterrorpolitik nicht solche Regierungen zu stärken, die wegen Menschenrechtsverletzungen oder anderer undemokratischer Verhaltensweisen seitens der Bevölkerung als illegitim empfunden werden. Viertens ist es erforderlich, die internationalen Militäroperationen neu auszurichten, wie Youssouf Coulibaly in einem während der Konferenz entstandenen Interview mit der Zeitschrift "Welt-Sichten" meinte. Darunter verstand er zum einen, dass mehr direkte Kontakte zwischen internationalen Truppen und lokaler Bevölkerung wünschenswert wären, zum anderen, dass die internationalen Streitkräfte auch mit entwicklungspolitischen Projekten in Erscheinung treten und so ihre Glaubwürdigkeit erhöhen sollten. Einziges Manko: Es blieb offen,

inwiefern solche Maßnahmen tatsächlich geeignet sind, die Wirkung internationaler Militärmissionen ins Positive zu wenden – ungeachtet dessen, dass militärische Maßnahmen ohnehin nur eine Nebenrolle spielen sollten.

Einmal mehr sind in der anschließenden Diskussion ganz verschiedene Aspekte zur Sprache gekommen. Unter anderem verwies **Martin Petry** – einer der Initiatoren von Fokus Sahel – auf ein grundlegendes, im weiteren Verlauf der Tagung noch öfter diskutiertes Dilemma: Danach sind nicht nur staatliche Institutionen, sondern auch die Zivilgesellschaft in abgelegenen Regionen nicht oder nicht hinreichend präsent, was wiederum Voraussetzung dafür ist, dass islamistische Kräfte sich ausbreiten können. Hauptgrund hierfür ist, dass die meisten NGOs lediglich in den Hauptstädten ansässig sind. Insofern bedürfe es, so Martin Petry, einer größeren Bereitschaft auf Seiten zivilgesellschaftlicher Akteure in Europa, unbürokratische Finanzierungsmöglichkeiten für kleine Graswurzelinitiativen auf dem Land zu gewähren, auch dann, wenn nicht garantiert sei, ob diese sich langfristig behaupten könnten. ☹



*Fatoumata
Touré (Mali).
Foto: Helga
Dickow*

05

THEMATISCHE
WORKSHOPS UND
EINFÜHRUNGS-
VORTRÄGE

5.1

**Workshop I: Jugend zwischen
Perspektivlosigkeit und Aufbruch**
[Einführungsvortrag: Boniface Cissé]

Seit einigen Jahren stünden Jugendliche im Zentrum des politischen Diskurses im Sahel, so Boniface Cissé in seinem Einführungsvortrag. Dies allerdings nicht, weil ihre Kapazitäten als Chance betrachtet werden. Ausschlaggebend ist vielmehr, dass sie als gefährlich gelten – ob als potentielle Terrorist*innen oder Kandidat*innen der Migration. Demgegenüber betonte Boniface Cissé, dass sich junge Menschen im Sahel einer feindlichen Umwelt ausgesetzt sähen. Zum einen, weil ihre Sicherheitsbedürfnisse systematisch verletzt werden, wozu nicht nur physische Unversehrtheit, sondern auch gute Bildung, einkommenssichernde Beschäftigungsmöglichkeiten und das Recht auf Freizügigkeit gehören. Zum anderen, weil die junge Generation aufgrund ihres Alters nicht ernst genommen wird – Konsequenz eines gerontokratischen Gesellschaftsmodells, das älteren Menschen mehr Kompetenz und somit mehr Mitsprache- und Entscheidungsrechte zuweist als jüngeren (zur Gruppe der Jugendlichen gehören üblicherweise alle Menschen bis zum 30. Lebensjahr, je nach sozialem und familiären Status auch deutlich ältere). Fatal sei laut Boniface Cissé nun, dass diese doppelte Problematik tiefe Spuren hinterlassen würde: Die meisten Jugendlichen verfügen nicht über das notwendige Selbstvertrauen, um eigenständig aktiv zu werden. Und das umso mehr, als ihnen in aller Regel jener so-

zioökonomische Sozialstatus verwehrt bleibt, der – zusammen mit dem Alter – Voraussetzung für eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist. Hinzu kommt, dass das Vertrauen in die Werte, die kulturellen Praxen und den Zusammenhalt der Gesellschaft schwindet, zumal diese keine adäquaten Zukunftsperspektiven mehr bieten. Kurzum: Eine handfeste Negativdynamik, die es dschihadistischen Milizen erleichtert, immer wieder neue Mitglieder zu rekrutieren.

Vieler dieser Zusammenhänge hat auch **Abdoulaye Sounaye** im Rahmen seines Workshop-Beitrags bestätigt. Danach sei es irreführend, von einer Jugendproblematik zu sprechen. Stattdessen sollten die Probleme der Jugend als Ausdruck einer gesamtgesellschaftlichen Krise begriffen werden, ohne jedoch lokale Besonderheiten und somit lokalspezifische Bedarfe aus dem Blick zu verlieren. Problematisch ist zudem, dass der soziale Zusammenhalt immer schwächer wird. Denn Sicherheit im umfassenden Sinne sei laut Abdoulaye Sounaye nichts, was nur der Staat garantiere. Gefragt sind auch die Familie, die Nachbarschaft oder das Dorf – genau hier bröckeln indes die Bindekräfte.

Ähnlich **Fatoumata Touré** aus Gao (Mali), die nicht nur von einer "Marginalisierung der Jugend durch den Staat" sprach, sondern auch eine Parallele zwischen Jugendlichen und Frauen zog. Beide Gruppen haben in Gao beim Widerstand gegen die islamistische Besetzung in den Jahren 2012/2013 eine wichtige Rolle gespielt; beide haben auch nach der Verabschiedung des Friedensvertrags im Mai 2015 Verantwortung übernommen, um die Bevölkerung über den Inhalt des Friedensabkommens zu informieren. Dennoch seien laut Fatoumata Touré die im Friedensabkommen zugunsten von Jugendlichen und Frauen vorgesehenen Maßnahmen nicht umgesetzt worden – vor allem zwei Aspekte gelte es hervorzuheben: Einerseits hatten viele Jugendliche nach der erfolgreichen Vertreibung der Islamisten 2013 bereits früh ihre Waffen abgegeben, darunter auch Mitglieder der Selbstverteidigungseinheit Ganda-Izo. Gravierender Nachteil: Wer während der Friedensverhandlungen nicht mehr unter Waffen stand, wurde fortan ignoriert, hat also keine wirt-



schaftliche Kompensation erhalten. Andererseits ist durch die gescheiterte Verfassungsreform (die von breiten Teilen der Zivilgesellschaft aus Sorge vor einer zu großen Machtfülle des Präsidenten abgelehnt worden war) die zweite Parlamentskammer nicht zustande gekommen, also jenes zusätzliche Verfassungsorgan, in dem unter anderem Frauen und Jugendliche stärker hätten vertreten sein sollen. Fatoumata Touré berichtete darüber hinaus, dass sich im Rahmen der ökonomischen Krise junge Frauen zunehmend prostituieren würden – auch aufgrund des Umstandes, dass sich in Gao überproportional viele Soldaten, Ex-Kämpfer und Angehörige bewaffneter Gruppen aufhielten.

Ouiry Sanou aus Burkina Faso rief in seinem Beitrag in Erinnerung, dass Jugendliche 2014/2015 maßgeblich zum Sturz des langjährigen Autokraten Blaise Compaoré beigetragen hätten. Umso enttäuschender sei es, dass sich für viele die soziale und ökonomische Lage nicht verbessert habe. In diesem Zusammenhang spielt auch das Bildungssystem eine wichtige Rolle. Denn der mangelhafte Zugang zu Bildung ist gewollt, so eine unter Aktivist*innen weit verbreitete These. Vor diesem Hintergrund hat Ouiry Sanou mit seiner Jugendorganisation OJD begonnen, überall in Burkina Faso lokale Komitees zu gründen. Ziel ist es, Jugendliche darin zu unterstützen, ihre politischen Analysen und Forderungen nicht nur zu entwickeln, sondern auch öffentlich zu vertreten. Mittlerweile sei die OJD, so Ouiry Sanou, in allen Provinzen vertreten, zudem in zwei Drittel aller Gemeinden. Und das mit dem Effekt, dass islamistische Kräfte bereits an diversen Orten zurückgedrängt werden konnten.

Empfehlungen

Neben allgemeinen, auf die Sahel-Gesellschaften als Ganzes gemünzten Empfehlungen (die zusammen mit den allgemeinen Empfehlungen der Vorträge und der beiden anderen Workshops im 9. Kapitel dokumentiert werden) haben sich die Teilnehmer*innen des Jugend-Workshops auf folgende jugendspezifische Empfehlungen verständigt:

- Um die jeweils unterschiedlichen Lebensbedingungen von Jugendlichen adäquat zu berücksichtigen (etwa was Stadt-Land-Differenzen betrifft), sollte die Jugend stets im Plural adressiert werden: "Die Jugendlichen" statt "die Jugend".
- Jugendliche sind keine Gefahr, sie sollten vielmehr mit Blick auf ihre Potentiale und Kapazitäten betrachtet und daher auf allen Ebenen unterstützt werden: Hierzu gehören Jugendprojekte aus dem kulturellen Bereich (um den sozialen Zusammenhalt zu stärken), aber auch Projekte zur politischen Bildung und zum Aufbau von Beschäftigungsmöglichkeiten. Dabei gilt es, die Situation junger Frauen speziell in den Blick zu nehmen.
- Interreligiöse und andere Dialogformate sind geeignet, um Radikalisierung vorzubeugen. Zudem sind nationale und internationale Lern- und Austauschprogramme zu fördern, auch um Jugendliche in ihrer Fähigkeit zu fördern, sich aktiv für gesellschaftliche Belange einzusetzen.
- Das Bildungssystem ist auf allen Ebenen mit mehr Ressourcen auszustatten, auch mit Blick auf die häufigen Unterrichtsausfälle im Zuge von Lehrer*innenstreiks.
- Jugendliche sollten die Möglichkeit erhalten, bei Sicherheitsfragen mitzureden. Zudem sollten sie in der Armee Verantwortung tragen. Beides fördert die Identifikation mit dem Staat und kann insofern auch präventiv gegen Radikalisierung wirken. ☉



*Cheibane Coulibaly
(Mali), Foto: Helga
Dickow*

5.2

Workshop II: Ressourcenkonflikte im Kontext von Klimawandel und Landgrabbing

[Einführungsvortrag: Chéibane Coulibaly]

"Es nervt mich – auch wenn ich selber Malier bin –, dass es immer wieder heißt, dass wir eine harmonische Gesellschaft wären." Mit diesem saloppen Auftaktstatement sorgte Chéibane Coulibaly nicht nur für Erheiterung. Es war auch eine programmatische Duftmarke, wonach es zu kurz greife, die Krise in Mali primär auf das Wirken dschihadistischer Milizen oder ausländischer Truppen zu reduzieren, die den angeblich einst friedlichen Vielvölkerstaat in eine Krise gestürzt hätten. Demgegenüber hat Chéibane Coulibaly unter Rückgriff auf sein erstmalig 1997 erschienenes Werk "Problématique foncière et gestion des conflits en Afrique Noire" zweierlei deutlich gemacht: Zum einen, dass im fruchtbaren Nigerdelta bereits seit Beginn der marokkanischen Herrschaft im Jahr 1591 um Besitz- und Nutzungsrechte von Boden, Wasser und Baumbestand gestritten wird – und das mit dem Resultat, dass sich bis heute diverse Rechtsverständnisse und Bodentitel überlagern, miteinander diametral widersprechen. Zum anderen, dass diese Prozesse mit der Herausbildung starker sozialer

Gegensätze innerhalb einzelner Bevölkerungsgruppen einhergegangen sind. So müssen einfache Peul-Viehhirten bereits seit Jahrhunderten Gebühren für die Nutzung von Weideflächen an Großgrundbesitzer aus der Peul-Aristokratie entrichten. Genau dies hat der Anführer der islamistischen Massina-Befreiungsfront, Amadou Koufa, skandalisiert. Seine Ziel war von Anfang an (Stichwort: soziale Revolte), junge Peul-Viehhirten gegen das lokale Establisment in Stellung zu bringen, wozu Peul-Aristokrat*innen genauso wie korrupte lokale Beamt*innen gehören, ganz gleich welcher Herkunft. Dies zeigt: Den sich seit 2015 stetig zuspitzenden Auseinandersetzungen im Zentrum Malis lag anfangs ein intra-ethnischer Konflikt ("conflit intra-communautaire") zugrunde, der sich erst in einem zweiten Schritt in einen inter-ethnischen Konflikt ("conflit inter-communautaire") transformiert hat. Und zwar als Konsequenz davon, dass Mitglieder anderer Ethnien begonnen haben, die Peul pauschal als Terroristen zu verdächtigen, was wiederum – auch im Kontext knapper werdender Nutzflächen – zu einer Gewaltspirale unter anderem zwischen Peul (die primär Viehzucht betreiben) und Dogon und Bambara (die primär vom Ackerbau leben) geführt hat.¹²

Sabine Dorlöchter-Sulser hat in ihrem Beitrag den Faden von Chéibane Coulibaly auf zwei Ebenen fortgesponnen: Zum einen betonte sie die Wichtigkeit historischer Tiefenschärfe und kontextspezifischer Genauigkeit – beides, um ein angemessenes Verständnis aktueller Konfliktsituationen zu gewinnen. In diesem Zusammenhang berichtete sie auch, dass es in Niger in einem breit getragenen Gesetzgebungsverfahren gelungen sei, Elemente des klassischen Boden-Gewohnheitsrechts in die allgemeine Agrar-Gesetzgebung ("Code rural") zu integrieren und so Spannungen zwischen einzelnen Nutzer*innengruppen abzubauen. Hierzu gehörte unter anderem, dass einige der traditionellen Konfliktlösungsmechanismen übernommen wurden, insbesondere das Prinzip, Konflikte nicht nach starren

¹² Das Vortragsmanuskript von Cheibane Coulibaly umfasst 12 Seiten. Insofern entspricht der hier dargestellte Aspekt zwar dem Schwerpunkt des mündlichen Vortrags, dennoch sei erwähnt, dass Chéibane Coulibaly noch zahlreiche weitere Aspekte thematisiert hat.

Regelwerken, sondern flexibel und prozessorientiert anzugehen. Zugleich stärkte sie die Position von Chéibane Coulibaly, wonach die Menschen im Sahel bereits seit jeher über die Fähigkeit verfügen würden, sich flexibel an die schwierigen Rahmenbedingungen anzupassen. So hat seit dem Jahr 1968 – jenem Zeitpunkt, als der Klimawandel erstmalig im Sahel deutlich sichtbar geworden ist – eine Vervielfältigung der Einkommensquellen auf Haushaltsebene stattgefunden: zunächst durch verstärkte Pendelmigration einzelner Familienmitglieder in die Küstenländer, sodann durch die Entwicklung von Rindermast.

Als dritter Referent berichtete **Silga Lucien** über Landkonflikte in Burkina Faso, denen ganz verschiedene Ursachen zugrunde lägen: Begonnen hat es mit Bergbau-Projekten, die seit Anfang des Jahrtausends überall in Burkina Faso wie Pilze aus dem Boden geschossen sind. Des Weiteren ist es seit ca. 2007 unter wohlhabenden Stadtbewohner*innen zu einer Art Modeerscheinung geworden, landwirtschaftliche Nutzflächen aufzukaufen – zunächst an den Stadträndern, später auf dem Land. Ebenfalls problematisch ist eine wachsende Flächenkonkurrenz unter anderem zwischen Ackerbauern und Viehhirten, hier spielen Klimawandel und Bevölkerungswachstum eine entscheidende Rolle. Schließlich sind auch innerfamiliäre Konflikte zu berücksichtigen, da einzelne Familienmitglieder immer häufiger ohne Absprache mit ihren Verwandten Teile des gemeinsamen Familienbesitzes verkaufen. Umso bemerkenswerter ist es, dass es laut Silga Lucien viele dieser Konflikte gar nicht geben dürfte. Denn im Jahr 2009 ist ein in inhaltlicher Hinsicht robustes Bodengesetz verabschiedet worden, das unter anderem die verschiedenen Landnutzungsformen eindeutig regelt (Wohnen, Viehwirtschaft, Ackerbau und Holzeinschlag) und das zudem untersagt, größere Flächen über längere Zeiträume ungenutzt liegen zu lassen. Jenes Gesetz wird jedoch nicht konsequent angewendet – teils, weil Behörden nachlässig agieren, teils, weil Politiker*innen selber in Grundstücksspekulationen involviert sind. All diese Probleme würden, so das Fazit von Silga Lucien, massiv zu Perspektivlosigkeit und Landflucht beitragen. Dennoch gebe es keine Hinweise, dass die erwähnten Landkonflikte für die aktuelle Gewaltspirale in Burkina Faso verantwortlich

seien. Vielmehr würde es sich bei den aktuellen Auseinandersetzungen um gezielt geschürte Konflikte zwischen einzelnen Dörfern oder bestimmten ethnischen Gruppen handeln. Ziel sei eine generelle Destabilisierung, um staatlich nicht kontrollierte Freiräume für kriminelle Geschäfte herzustellen.

Empfehlungen

Insgesamt wurden in der Arbeitsgruppe mehrere Themen intensiv diskutiert, unter anderem die Frage, ob und wie kleinbäuerliche Landwirtschaft schrittweise mechanisiert und weiterentwickelt werden kann. Viele der diesbezüglichen Argumente sind in die Empfehlungen eingegangen:

- Bodenspekulation, Landraub und Zwangsumsiedlungen sind zu verhindern. Ungenutztes Land sollte zurückgegeben werden. Hierzu gehören ggf. auch Untersuchungen zu den Eigentümern einzelner Parzellen.
- Um Landkonflikte zu vermeiden, sollte das Gewohnheitsrecht und klassische Konfliktlösungsmechanismen im Rahmen der allgemeinen Gesetzgebung gestärkt werden. Zudem ist darauf zu achten, dass die Rechte von Viehhirten ebenfalls gesetzliche Verankerung finden
- Wo bereits ein fortschrittliches Bodenrecht besteht (wie in Burkina Faso und Niger), ist seine systematische Anwendung zu garantieren.
- Kleinbäuerliche Landwirtschaft und agrarökologische Methoden sollten gestärkt werden. Dies schließt Mechanisierung und Weiterentwicklung der kleinbäuerlichen bzw. familiären Landwirtschaft zum Zwecke der Ertragssteigerung nicht aus. Zu vermeiden sind jedoch negative Auswirkungen auf andere bäuerliche Haushalte oder die Umwelt. Das Prinzip der Ernährungssouveränität sollte als programmatischer Orientierungspunkt Eingang in die nationalen Agrarpolitiken finden.
- Im Falle von Landnutzungskonflikten sollten Amalgame, also die Entstehung von Vorurteilen gegenüber bestimmten Gruppen vermieden werden ("alle Peul sind Terroristen", "alle Dogon sind Milizen", "alle

Araber sind Drogenhändler" etc.). Auch simplizistische Erzählungen über die Entstehung von Konflikten sind zurückzuweisen.

- Persönlichkeiten, die sich für Frieden einsetzen und daher auch Amalgame und simplizistische Narrative öffentlich hinterfragen, ist zusätzlicher (Personen-) Schutz zu gewähren. ○

5.3

Workshop III: Internationale Sicherheitspolitik und lokale Konflikttransformation [Einführungsvortrag: Moussa Tchangari]

Moussa Tchangari schlug einen thematisch weiten Bogen und stellte so mehrere Querverbindungen zu den schon gehaltenen Vorträgen her. Er rief zunächst in Erinnerung, dass es in der Sahelzone bereits im 19. Jahrhundert politische Formationen wie das Massina-Reich (1810-1868) oder das Kalifat Sokoto (1804-1903) gegeben habe, die aus dschihadistischen Bewegungen hervorgegangen seien. Auch damals ging es um soziale Fragen, weshalb sich zum Beispiel die von Chéibane Coulibaly näher beleuchtete Massina-Befreiungsfront explizit auf diese Vorgängerbewegungen beruft – auch im Sinne einer sozialen Revolte gegen schlechte Regierungsführung. Nach der formellen Unabhängigkeit haben sozialistisch orientierte Regierungen in Ländern wie Mali oder Niger große Anstrengungen unternommen, soziale Fortschritte zu erzielen. Doch diese Bemühungen sind spätestens mit den verschuldungsbedingten Strukturanpassungsprogrammen von IWF und Weltbank in den 1980er und 1990er Jahren gescheitert. Die staatlichen Institutionen sind damals in ihrer Steuerungskompetenz massiv beschädigt worden. Ergebnis war jene fragile Staatlichkeit, von der insbesondere Badié Hima gesprochen hat. Anfang der 2000er Jahre begann überall auf dem afrikanischen Kontinent – nun auch unter Beteiligung Chinas – ein neuer Wettlauf um Rohstoffe, dies jedoch ohne spürbare Verbesserungen für die Bevölkerung. Stattdessen sind staatliche Akteure vor allem durch Willkür- und Gewaltakte in Erscheinung getreten – ob bei Verkehrskontrollen,



*Moussa Tchangari
(Niger), Bild: Helga
Dickow*

im Gerichtssaal oder in der Verwaltung. Das Aufkommen dschihadistischer Bewegungen sei insofern keinesfalls erstaunlich, vielmehr müsse terroristische Gewalt als Echo staatlicher Gewalt begriffen werden, so Moussa Tchangari. Und doch sei es absurd, dass Frankreich – zusammen mit der EU – selbst diesen Umstand zu seinen Gunsten auszunutzen wüsste. Denn die Existenz terroristischer Milizen würde, so seine These, westlichen Staaten als Legitimation dienen, militärisch im Sahel einzugreifen, nicht zuletzt, um Chinas rasant gewachsenen Einfluss wieder zurückzudrängen. Angesichts eines derart düsteren Gesamtpanoramas wirkte es fast schon befreiend, dass Moussa Tchangari am Ende seines Vortrags auf die bereits zitierte Notwendigkeit einer sozialen Revolution zu sprechen kam, verstanden als Appell, endlich ins dringend benötigte Handeln zu kommen.

Und auch passte es, dass in der Arbeitsgruppe vor allem Referenten sprachen, die sich auf lokaler Ebene wahlweise um Dokumentation oder praktische Veränderung bemühen: **Baldal Oyamta** berichtete, dass im Tschad die menschliche Sicherheit – im Sinne der von Youssouf Coulibaly eingeführten Definition – nicht gewährleistet sei. Dabei verwies er in drastischen Worten auf eine auch von Badié Hima aufgemachte Parallele: "Boko Haram entführt,

brandschatzt, tötet und hindert die Bevölkerung daran, sich frei zu bewegen. Und die Sicherheitskräfte, die machen das gleiche: Vergewaltigung von Frauen, willkürliche Festnahmen ohne Gerichtsbeschluss, Abzocke der Bevölkerung." Hinzu kommt, dass die Zivilgesellschaft gegängelt wird, allein 40 Gesetze schränken ihren Spielraum ein. Umgekehrt halten sich internationale NGOs aus Sicherheitsbedenken mit all zu lauter Kritik zurück. Ergebnis ist, dass das tschadsche Regime enorm davon profitiert, im Kampf gegen den Terror von der internationalen Gemeinschaft geradezu hofiert zu werden.

Soumana Coulibaly war im Rahmen zahlreicher Dialog-Prozesse an der Erarbeitung eines Basis-Dialogansatzes ("Approches par le bas") beteiligt, der sich nicht zuletzt durch seinen inklusiven bzw. basisdemokratischen Charakter sehr bewährt hat.¹³ Ziel ist es, kollektive Austauschräume zu schaffen, bei denen sich alle Mitglieder eines Dorfes, eines Stadtteils oder eines anderen Kollektivs treffen und wechselseitig zuhören können. Dabei geht es nicht nur darum, die jeweiligen Probleme, sondern auch potentielle Lösungsansätze gemeinsam auszuloten – inklusive Vorschlägen zur kollektiven Ressourcenzuweisung. In diesem Sinne sind lokale Dialogprozesse immer auch "Akte der Reinigung", gerade um vorurteilsdurchtränkten Eskalationsdynamiken wie im Zentrum Malis vorzubeugen. Während des Workshops bestand Einigkeit darüber, dass es bei der praktischen Umsetzung von Dialogprozessen kein Schema F gibt. Vielmehr muss der konkrete Ablauf immer wieder neu bestimmt werden, auch wenn es Standardfragen bzw. -herausforderungen gibt – beispielsweise die folgenden: Wer sollte eingeladen werden, wie können Manipulationen seitens bestimmter Akteure vermieden werden, wer moderiert, oder wie kann eine Ergebnissicherung im Sinne von Nachhaltigkeit geleistet werden? Zudem wurden auch grundsätzliche Fragen angeschnitten – etwa die, wie damit umgegangen werden kann, dass sich bestimmte Problematiken zwar lokal äußern, aber nur auf staatlicher oder internationaler Ebene endgültig gelöst werden können.

Abas Mallam ist in Niger im Rahmen des Netzwerks Genovico (Netzwerk für gewaltfreie Konfliktbearbeitung)¹⁴ seit 2015 mit der Einrichtung "Kommunaler Komitees für Frieden und Sicherheit" beschäftigt. Die Einrichtung der Komitees erfolgt in Kooperation mit einer staatlichen Institution – der "Hohen Behörde für die Konsolidierung des Friedens".¹⁵ Ziel ist es, in Gestalt der Komitees überall dort eine lokale Friedensarchitektur aufzubauen, wo Konflikte drohen oder bereits bestehen. Dabei kommt den Komitees die Aufgabe zu, als eine Art ziviles Frühwarnsystem zu fungieren. Umso wichtiger ist, dass Vertreter*innen der Dörfer aktiv in die Arbeit einbezogen werden. Denn die Komitees sollten auf keinen Fall als Spionageplattformen wahrgenommen werden, die einzelne Dorfbewohner*innen an die Gerichtsbarkeit ausliefern. Seit Beginn des Programms konnten 34 Komitees in den Regionen Agadez, Diffa, Tahoua und Tillabéri gegründet werden.

Schließlich berichtete **Harald Aschenbrenner** von seinem knapp 5-monatigen Aufenthalt als Militärseelsorger in Mali. Prinzipiell bewertete er den Bundeswehreininsatz positiv, er habe aber auch Phänomene beobachtet, die seines Erachtens kritisch zu bewerten seien. Zum Beispiel, dass in der malischen Armee jenseits der formalen Hierarchien gemäß militärischer Ränge auch andere Hierarchiestrukturen zum Tragen kommen – nämlich jene, die sich aus den Familiennamen und dem Status der jeweiligen Familiennamen innerhalb der malischen Gesellschaft ergeben.

Empfehlungen

- Statt militärisch sollte sich Deutschland stärker im Entwicklungsbereich engagieren. Dabei ist eine Konditionalisierung der Entwicklungshilfe zu unterlassen, etwa was die Verkoppelung mit migrations- und/oder sicherheitspolitischen Maßnahmen betrifft.

13 Vgl. die in Fußnote 7 bereits erwähnte Broschüre

14 Réseau Nigérien pour la gestion non violente des conflits

15 Haute Autorité à la Consolidation de la Paix (HACP)

- Eine Zusammenarbeit mit undemokratischen Regimen wie im Tschad ist zu unterlassen bzw. auf das Nötigste zu begrenzen. Menschenrechtsverletzungen dürfen nicht als unvermeidbare Begleiterscheinungen des Anti-Terrorkampfes oder der restriktiven EU-Migrationspolitik hingenommen werden.
- Zivilgesellschaftliche Akteure müssen gestärkt werden. Hierzu gehören auch grenzüberschreitende Projekte, die nicht nur die Wirksamkeit zivilgesellschaftlicher Interventionen erhöhen, sondern auch einen wechselseitigen Schutz darstellen. Erhöhte Aufmerksamkeit ist auf den Schutz von Menschenrechtsaktivist*innen zu legen
- Europäische NGO sollten sich stärker auf strategische Debatten mit ihren Partnern im Sahel einlassen. Gleichzeitig ist der wechselseitige Informationsaustausch zu erhöhen, auch unter Berücksichtigung davon, dass viele Informationen leichter in Europa abzurufen sind.
- Wichtig ist auch, zivilgesellschaftliche Strukturen dort zu stärken, wo sie noch nicht bestehen. Dabei sollten nicht nur Organisationen gefördert werden, die als etablierte Akteure bereits aktiv sind – in aller Regel in den großen Städten. Vielmehr gilt es, auch kleine Basisinitiativen oder soziale Bewegungen zu fördern. Nur so kann in entlegenen Gegenden eine gewisse Stärke seitens der Zivilgesellschaft entwickelt werden.
- Lokale Dialogformate sind in großem Stil auszubauen – auch mit Blick auf ihre Mobilisierungskraft. In diesem Zusammenhang sind bereits gemachte Erfahrungen mit lokalen Dialog- und Friedensprozessen systematisch zu berücksichtigen, auch was die Notwendigkeit betrifft, Sicherheitsmanagement primär als lokale Aufgabe zu betrachten. Darüber hinaus sind religiöse und traditionelle Autoritäten stärker einzubeziehen, als das seitens internationaler NGO häufig der Fall ist.
- Grundsätzlich ist im Interesse der Nachhaltigkeit auf langfristige Engagements zu achten, auch was den Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen und die Stärkung einzelner Akteure betrifft. Demgegenüber sollte ein verengter Fokus auf Projektförderung (Stichwort: "Projektitis") vermieden werden. ☉



*Badié Hima (Mali),
Foto: Helga Dickow*

06

ÖFFENTLICHE PODIUMSDISKUS- SION: EU-POLITIK IM SAHEL – UM WESSEN SICHERHEIT GEHT ES?

In der Einleitung wurde bereits stichwortartig ausgeführt, dass die öffentliche Abschlussdiskussion der Tagung in atmosphärischer Hinsicht eine durchaus denkwürdige Veranstaltung gewesen ist. Ausschlaggebend war insbesondere, dass die beiden anwesenden Vertreter der Politik – der Sahel-Koordinator der EU, Pierre Yves Boissy und der Sahelbeauftragte der Bundesregierung, Walter von den Driesch – starken Gegenwind seitens der Referent*innen aus dem Sahel erhalten haben. In diesem Sinne sollen hier nur einige ergänzende Aspekte wiedergegeben werden, auch unter Berücksichtigung davon, dass in der Abschlussdiskussion viele Gedanken formuliert wurden, die bereits in den Vorträgen und Workshops ausführlich zur Sprache gekommen sind.

Eines der zentralen Themen war die G5, also jene Regionalorganisation, die im Februar 2014 von Burkina Faso, Mali, Mauretanien, Niger und Tschad gegründet wurde. Die G5 verfolgt sowohl entwicklungs- als auch sicherheitspolitische Ziele. Entsprechend wurde im Februar 2017 beschlossen, eine militärische Eingreiftruppe mit 5000 Soldaten aufzustellen – ihr präziser Name lautet G5 Sahel Joint Force. Die Kosten von 423 Millionen Euro für die Einrichtung der militärischen Einsatzgruppe wurden maßgeblich von der EU, den USA, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten getragen. Auch die jährlichen Unterhaltskosten von 115 Mil-

lionen Euro sollen in erster Linie von der internationalen Gemeinschaft aufgebracht werden.

Antonia Witt kritisierte, dass die G5 jene Institutionen auf dem afrikanischen Kontinent unterminieren würde, die es bereits gäbe und die eigentlich für die Bearbeitung derartiger Konflikte zuständig seien – namentlich die Afrikanische Union und die westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS. Ebenfalls kritisch sei, dass die G5 zu stark auf militärische Lösungen fokussiert sei und zudem über keinen gemeinsamen Kontrollmechanismus verfüge, um die militärischen Maßnahmen der jeweils nationalen Truppenverbände effektiv zu kontrollieren. Laut **Moussa Tchangari** sei die G5 "herbeigefaxt" worden, sie sei in diesem Sinne als verlängerter Arm französischer Interessenpolitik im Sahel zu betrachten. Denn als Algerien lange vor Ausbruch der Krise in Mali aktiv werden wollte, so **Moussa Tchangari**, sei dies von Frankreich und den USA gezielt hintertrieben worden – schlicht deshalb, weil verhindert werden sollte, dass Algerien zur Regionalmacht aufsteige. **Antonia Witt** stimmte dem zu, ergänzte jedoch, dass die G5 auch für die Regierungen im Sahel von Vorteil sei. Denn so würde ihr eigenes Militär gestärkt, was sie zur Absicherung ihrer innenpolitisch schwachen Position gut gebrauchen könnten. **Pierre Yves Boissy** meinte, dass die EU-Länder im Sahel unterschiedliche Prioritäten hätten, allerdings gäbe es drei gemeinsame Hauptziele: "sécurité, sûreté, stabilité" – frei übersetzt mit: Sicherheit, menschliche Sicherheit und Stabilität. **Sabine Eckart** nahm diesen Ball auf und kritisierte, dass es der EU – in Kooperation mit der G5 – vor allem um Stabilität ginge. Die EU sei in erster Linie an verlässlichen Partnern interessiert und würde daher auch Kooperationen mit fragwürdigen Regierungen wie im Tschad oder in Niger eingehen. Diese Stabilität nützte jedoch nur der EU, nicht den Menschen. In diesem Sinne sei, so **Sabine Eckart**, Stabilisierung kein sonderlich ambitioniertes Ziel – gemessen an der Idee nachhaltiger Entwicklung. Dazu der erstaunliche Kommentar von **Pierre Yves Boissy**: Er könne dem nichts hinzufügen. Allerdings bestand er darauf, dass die G5 durchaus eine entwicklungspolitische Agenda hätte, die von der EU finanziell unterstützt würde. Unklar blieb indes, in welchem



Verhältnis militärische und entwicklungspolitische Unterstützungsleistungen stünden. Entsprechend stellte **Sabine Eckart** die Behauptung von Walter von den Driesch in Frage, wonach die Entwicklungshilfe für den Sahel das Vierfache der militärischen Kosten ausmache. Denn hier fehlte eine klare Aufschlüsselung der Posten. Es sei nicht transparent, aus welchen nationalen und europäischen Töpfen welche Gelder für welche Zwecke genommen und ggf. nur umdeklariert würden. Klar sei laut **Sabine Eckart** lediglich, dass es tiefgreifender Veränderungen bedürfe. Es reiche nicht, mittels staatlicher Entwicklungszusammenarbeit die eine oder andere einkommensschaffende Maßnahme einzurichten. Am Ende müssten die Sahel-Gesellschaften selbst definieren können, wo sie hinwollten und wie ihr

Reichtum verwendet werden sollte. Um das zu schaffen, bedürfe es einer starken Zivilgesellschaft. Hinsichtlich der dominanten Rolle von Frankreich steuerte **Moussa Tchangari** noch eine Anekdote bei, die in ihrer Ungeheuerlichkeit vielen Besucher*innen unter die Haut ging: 2015 habe er 10 Tage im Gefängnis gesessen, absurderweise wegen angeblicher Unterstützung von Boko Haram. Insgesamt seien über 30 Personen inhaftiert worden, viele hätten Folter erlebt. Als er abgeführt worden sei, habe ausgerechnet ein französischer Polizist diesen Abtransport orchestriert – samt Anweisungen an die nigrischen Polizist*innen. Eine Situation, die den Moderator **Alexander Göbel** nicht zufällig an "andere Zeiten" denken ließ, um sodann zur Frage ziviler Maßnahmen überzuleiten. ☺

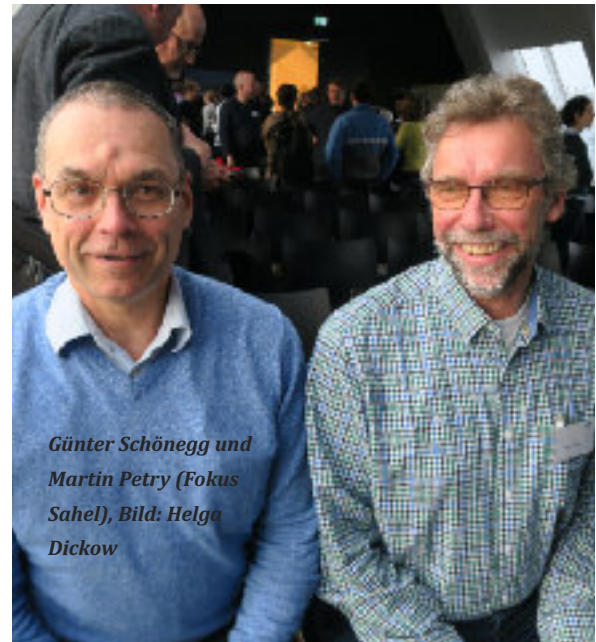
07

THEMEN, DIE OFFEN GEBLIEBEN SIND ODER VERTIEFT WERDEN SOLLTEN

Die Tagung war in thematischer Hinsicht bewusst breit angelegt. Vor diesem Hintergrund war es nicht überraschend, dass manche Themen aus Zeitgründen nicht oder nicht in der erforderlichen Tiefe besprochen werden konnten. Drei dieser Themen waren im Rahmen der Tagung besonders wichtig – auf sie sei daher eigens hingewiesen, auch mit Blick auf zukünftige Workshops oder Konferenzen:

a) Radikalisierung

Die Frage der Radikalisierung war eines der häufigsten Themen der Tagung, sie ist in nahezu allen Vorträgen und Workshops angesprochen worden, am ausführlichsten im Jugendworkshop. Und doch blieb die Frage undiskutiert, ob Radikalisierung mit einer "Islamisierung der Radikalität" oder einer "Radikalisierung des Islam" zu tun habe. Diese Debatte wird seit einigen Jahren besonders vehement in Frankreich geführt – vor allem hinsichtlich der Frage, wie einer Radikalisierung junger Menschen vorgebeugt werden könne: Gilt es, islamistischer Propaganda einen Riegel vorzuschieben oder ist es ungleich wichtiger, eine gute Bildungs-, Sozial- und Beschäftigungspolitik zu machen? Außerdem: Welche Rolle spielt ein gläubiges muslimisches Umfeld: Immuniert eine ernsthafte Beschäftigung mit dem Koran gegenüber dschihadistischer Radikalisierung oder hängt es letztlich daran, welchen Predigern zugehört wird? Auf der Konferenz haben solche Fragen wenig Raum eingenommen. Hier überwog die These, wonach Radikalisierung unterm Strich eine soziale



Günter Schöneegg und
Martin Petry (Fokus
Sahel), Bild: Helga
Dickow

Frage sei – so unter anderem **Boniface Cissé, Badié Hima, Chéibane Coulibaly** und **Moussa Tchangari**. Grundsätzlich spricht alles für diese These: Islamistische Strömungen hätten in den letzten 20 Jahren wohl kaum derart viel Zulauf erhalten, hätte es weder fragile Staatlichkeit noch wirtschaftliche Not gegeben. Gleichzeitig kann die Zeit nicht zurückgedreht werden. Der Wahabismus und andere radikalislamistische Strömungen haben an Bedeutung gewonnen, und das dürfte auch eine gewisse Eigen- dynamik angenommen haben: Was bedeutet es für die malische Gesellschaft, wenn zivilgesellschaftliche Proteste in aller Regel relativ klein bleiben, der wertkonservative Prediger Chérif Ousmane Haidara jedoch 80.000 Menschen mobilisiert?¹⁶ Auch der an der Tagung beteiligte Referent **Abdoulaye Sounaye** ist dieser Frage nachgegangen: In einem Aufsatz unter dem Titel "Salafi Youth on Campus in Niamey, Niger: Moral Motives, Political Ends" beschreibt er, wie sich die Stimmung an der Universität in Niamey geändert habe: Hätten in den 1990er Jahren noch marxistisch-leninistische Organisationen den politischen Ton auf dem Campus angegeben, seien es heute islamistische Gruppen, die nicht nur die

¹⁶ Die Journalistin Charlotte Wiedemann ist dieser Frage in ihrer Studie "Viel Militär, weniger Sicherheit. Mali – fünf Jahre nach Beginn der Intervention" nachgegangen. Die Studie ist auch auf französisch verfügbar: Une grande présence militaire, moins de sécurité. Le Mali, cinq ans après le début de l'intervention. Abrufbar unter: www.boell.de

Universität, sondern auch die "moralische Ökonomie" der nigrischen Gesellschaft maßgeblich prägen.¹⁷ Kurzum: Unter Berücksichtigung auf solche Entwicklungen stellt sich durchaus die Frage, ob Veränderungen im politischen und sozialen Bereich ausreichen, um dschihadistische Bewegungen von unten auszutrocknen oder ob es nicht auch einer direkter Auseinandersetzung mit diesen immer stärker werdenden Strömungen bedarf.

b) Friedensprozess in Mali

Der Friedensprozess in Mali ist ebenfalls öfter zur Sprache gekommen, allerdings wurde nicht näher diskutiert, worin die Probleme und Widersprüche bei seiner Umsetzung liegen. Daher sollten bei zukünftigen Diskussionen vor allem zwei Aspekte in den Blick genommen werden. Zum einen ist bis heute die Frage offen, ob nicht auch mit Vertretern bestimmter dschihadistischer und bewaffneter Gruppen das Gespräch gesucht werden sollte, vor allem mit Blick darauf, dass einige dieser Gruppen – insbesondere die Maccina-Befreiungsfront – ihren Ausgang von einer sozialen Agenda genommen haben: Lange galt diese Frage als No-Go: Einerseits, weil Frankreich und andere westliche Akteure dies ausdrücklich ablehnen und folgerichtig eine bei der nationalen Friedenskonferenz 2017 unternommene Initiative buchstäblich abgewürgt haben (Stichwort: "Kein Dialog mit Terroristen"), andererseits, weil ein solcher Dialog auch im Sahel als eine Art Gewaltdividende kritisiert wird: Wer die Waffe gegen den Staat oder die Gesellschaft in die Hand nimmt, wird im Zuge von Verhandlungen mit Kompensationen belohnt; wer indes den Islamisten friedlich die Stirn bietet oder die Waffen früh abgegeben hat, geht leer aus – ein Dilemma, auf das insbesondere im Jugendworkshop eingegangen wurde. Gleichwohl wird die Dialog-Frage mittlerweile immer drängender, nicht zuletzt deshalb, weil die Einsicht wächst, dass der Konflikt in Mali nicht militärisch beigelegt werden kann. Umso bemerkenswerter ist, dass sich nunmehr auch ein westlicher Thinktank wie die Crisis-Group für Gespräche mit (bestimmten)

dschihadistischen und bewaffneten Gruppen ausgesprochen hat.¹⁸ Zum anderen ist auffällig, dass viele Menschen den Inhalt des Friedensvertrags nicht wirklich kennen. So wird immer wieder die fehlende Umsetzung des Vertrags kritisiert, während gleichzeitig 2017 große Teile der Zivilgesellschaft gegen die im Vertrag vorgesehene Verfassungsreform auf die Straße gegangen sind. Dies zeigt, dass der Friedensvertrag bislang nicht hinreichend in der Öffentlichkeit diskutiert wurde – auch was grundlegende Widersprüche betrifft. Erwähnt sei nur, dass die Verfassungsreform größere Beteiligungsrechte unter anderem für Frauen vorsieht (wie Fatoumata Touré im Jugendworkshop betont hat), während sich die Proteste gegen eine vermeintliche oder tatsächliche zu große Machtfülle des Präsidenten gewandt haben.

c) Gewalttätige Auseinandersetzungen im Zentrum Malis

Chéibane Coulibaly hat in seinem Beitrag nicht nur aufgezeigt, welche zentrale Rolle jahrhundertealte Landkonflikte bei den derzeitigen Auseinandersetzungen im Zentrum Malis spielen. Vielmehr ist er auch darauf eingegangen, inwiefern sich dies mit sozialen Gegensätzen, ethnischen Spannungen und schlechter Regierungsführung verschränkt. Und doch scheint es angesichts der derzeitigen Gewaltspirale dringend geboten, sich umfassender mit der Situation im Zentrum Malis auseinanderzusetzen, auch unter Berücksichtigung der immer wieder geäußerten Befürchtung, dass Mali an diesen Auseinandersetzungen zerbrechen könnte.

In diesem Sinne sei an dieser Stelle auf einige der zahlreichen Veröffentlichungen aus jüngerer Zeit verwiesen, die sich mit unterschiedlichen Aspekten der Vielfachkrise im Zentrum Mali beschäftigen:

- **Tor A. Benjaminsen & Boubacar Ba (2018):** Why do pastoralists in Mali join jihadist groups. A political ecological explanation.¹⁹

18 International Crisis Group (2019): Speaking with the "Bad Guys": Toward Dialogue with Central Mali's Jihadists – auch auf französisch verfügbar: Parler aux jihadistes au centre du Mali : le dialogue est-il possible? Abrufbar unter: www.crisisgroup.org

19 Veröffentlicht in: The Journal of Peasant Studies, 46:1, 1-20

17 Abdoulaye Sounaye, Salafi Youth on Campus in Niamey, Niger: Moral Motives, Political Ends. Zum Download: www.academia.edu (2018)

- **Human Rights Watch** (2018): "Avant, nous étions des frères". Exactions commises par des groupes d'autodéfense dans le centre du Mali.²⁰
- **FIDH/International Federation for Human Rights** (2018): Centre Mali: les populations prises au piège du terrorisme et du contre-terrorisme.²¹
- **Adam Thiam** (2017): Centre du Mali: Enjeux et Dangers d'une crise négligée.²²
- **Gaye, Serigne-Bamba** (2018): Conflicts entre agriculteurs et éleveurs dans un contexte de menaces asymétriques au Mali et au Burkina Faso²³

08

ALLGEMEINE EMPFEHLUNGEN & EMPFEHLUNGEN DER WORKSHOPS

Während der Tagung wurden zahlreiche Empfehlungen formuliert – teils von Referent*innen, teils von Teilnehmer*innen, zunächst im Rahmen der Vorträge, sodann bei den Workshops und Plenumsdiskussionen. Hinzu kam, dass manche Empfehlungen primär an Akteure der internationalen Gemeinschaft gerichtet waren, andere primär an Akteure in den Sahelländern (Regierung/Staat, Zivilgesellschaft, Gesellschaft), und dritte wiederum primär an Fokus Sahel. Vor diesem Hintergrund dürfte verständlich werden, weshalb an dieser Stelle kein streng durchkomponierter Empfehlungskatalog präsentiert werden kann – mit ausdifferenzierten Forderungen an jeweils unterschiedliche Adressaten. Stattdessen muss das Raster deutlich gröber ausfallen – maßgeblich angelehnt an die im Text bereits dokumentierten Forderungen:

Allgemeine Empfehlungen - primär adressiert an Akteure der internationalen Gemeinschaft²⁴

- Externe Akteure sollten sich umfassender als bislang mit der Situation in der Sahel-Region befassen, auch unter Berücksichtigung historischer Kontexte und geographischer Besonderheiten. Nur so ist ein wirklich situationsangemessenes Handeln in der Region möglich.

20 Abrufbar unter: www.hrw.org – auch auf englisch verfügbar: "We Used to Be Brothers". Self-Defense Group Abuses in Central Mali«

21 Abrufbar unter: www.fidh.org – auch auf englisch verfügbar: Central Mali: Populations caught between terrorism and anti-terrorism

22 Abrufbar auf der Webseite von Centre pour le dialogue humanitaire: www.hdcentre.org

23 Abrufbar unter: www.fes-mali.org – auch auf englisch verfügbar: Conflicts between farmers and herders against a backdrop of asymmetric threats in Mali and Burkina Faso

24 Nahezu wörtliche Übernahme aus dem 2. Kapitel "Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse".

- Auf dieser Grundlage muss eine klare Priorisierung ziviler Maßnahmen erfolgen – einschließlich einer signifikanten Steigerung der finanziellen Mittel für die nicht-militärische Entwicklungszusammenarbeit.²⁵ Zivilgesellschaftliche Akteure sind gezielt zu fördern – gleichsam komplementär zur ebenfalls anvisierten Reform staatlicher Institutionen. Ein besonderes Augenmerk sollte dabei auch auf lokale Dialog- und Empowermentaktivitäten gelegt werden, um eine aktive Beteiligung der Bevölkerung an zukünftigen Friedens- und Versöhnungsprozessen zu gewährleisten.
- Das derzeitige militärische Engagement ist drastisch zu reduzieren. Dabei sollte – ausgehend von den bisherigen Aktivitäten in diesem Bereich – ein noch stärkerer Fokus auf Ausbildung und Ausrüstung der Streitkräfte der einzelnen Sahel-Länder liegen, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass ihre Einbettung in funktionierende Institutionen garantiert ist.
- Grundsätzlich ist anzustreben, dass externe Militäroperationen ausschließlich im Rahmen der UN erfolgen (ggf. auch mit verändertem Mandat), nicht aber im Rahmen einzelstaatlicher Initiativen wie der französischen Operation Barkhane. Ebenfalls wichtig ist, dass UN-Einsätze zukünftig umfassender anhand konkreter Zielsetzungen evaluiert werden – stets auch mit Blick auf die Frage, inwiefern das militärische Engagement durch zivile Maßnahmen ersetzt werden könnte.
- Eine aus der militärischen Zusammenarbeit resultierende Stärkung autoritärer oder diktatorischer Regime wie zum Beispiel dem im Tschad ist zu vermeiden. Denn der Kampf gegen dschihadistische oder bewaffnete Gruppen rechtfertigt weder Menschenrechtsverletzungen noch die Herbeiführung oder Aufrechterhaltung undemokratischer Verhältnisse.

Allgemeine Empfehlungen – primär adressiert an Akteure in den Sahelländern

- Wirtschaftliche und gesellschaftliche Problemlagen sind ebenfalls konsequent anzugehen, auch hier sind in erster Linie staatliche Institutionen gefragt. Besonders häufig wurden folgende Maßnahmen erwähnt: Bereitstellung staatlicher Infrastrukturdienstleistungen (Bildung, Gesundheit, Wasser, Strom, Straßen etc.); Bekämpfung von Armut und Hunger; gerechte Steuerpolitik; materielle und logistische Unterstützung kleinbäuerlicher Haushalte; gezielte Industrialisierungspolitik [in diesem Zusammenhang haben einige Referent*innen die Gründung einer eigenständigen Währung in Westafrika – jenseits des Franc CFA – gefordert]; Verhinderung von Vertreibungen und anderer negativer Auswirkungen durch industrielle, infrastrukturelle oder agrarindustrielle Großinvestitionen; Unterstützung beim Aufbau kleiner und mittlerer Betriebe etc.
- Im Zuge der Erneuerung des Systems politischer Institutionen sollte der Zivilgesellschaft ein prominenter Platz eingeräumt werden – nicht nur zum Zwecke der Kontrolle, der Evaluation und der Meinungsforschung, sondern auch zur aktiven Teilhabe.
- Die Kritik am Verhalten staatlicher Akteure sollte stets auch in eine Selbstkritik der Gesellschaft als ganzer verlängert werden. Diese Forderung erhielt hohe Zustimmung, ohne dass jedoch die Form konkretisiert wurde, in der eine solche kollektive Selbstkritik erfolgen sollte.

²⁵ In Medien und anderen öffentlich zugänglichen Quellen kursieren unterschiedlichste und zum Teil widersprüchliche Zahlen bezüglich der Summen, mit denen Deutschland, andere EU-Länder, die EU und weitere Akteure die G5-Sahelstaaten unterstützen. Um die Forderung einer signifikanten Erhöhung der zur Verfügung gestellten Gelder der Entwicklungszusammenarbeit zu präzisieren, wäre es daher dringend erforderlich, mehr Klarheit zu erzielen, auch durch das Instrument regelmäßiger kleiner Anfragen an die Bundesregierung. Denn oftmals kommt es nur zur Umdeklarierung bereits zur Verfügung gestellter Gelder. Vor diesem Hintergrund ist für die Öffentlichkeit nicht immer ersichtlich, inwiefern angekündigte Unterstützungsdienstleistungen eine tatsächliche Erhöhung der verfügbaren Gesamtsumme bedeuten.

Empfehlungen aus den Workshops – adressiert an verschiedene Akteure sowohl in den Sahelländern als auch der internationalen Gemeinschaft²⁶

Workshop I: Jugend zwischen Perspektivlosigkeit und Aufbruch

- Um die jeweils unterschiedlichen Lebensbedingungen von Jugendlichen adäquat zu berücksichtigen (etwa was Stadt-Land-Differenzen betrifft), sollte die Jugend stets im Plural adressiert werden: "Die Jugendlichen" statt "die Jugend".
- Jugendliche sind keine Gefahr; sie sollten vielmehr mit Blick auf ihre Potentiale und Kapazitäten betrachtet und daher auf allen Ebenen unterstützt werden: Hierzu gehören Jugendprojekte aus dem kulturellen Bereich (um den sozialen Zusammenhalt zu stärken), aber auch Projekte zur politischen Bildung und zum Aufbau von Beschäftigungsmöglichkeiten. Dabei gilt es, die Situation junger Frauen speziell in den Blick zu nehmen.
- Interreligiöse und andere Dialogformate sind geeignet, um Radikalisierung vorzubeugen. Zudem sind nationale und internationale Lern- und Austauschprogramme zu fördern, auch um Jugendliche in ihrer Fähigkeit zu fördern, sich aktiv für gesellschaftliche Belange einzusetzen.
- Das Bildungssystem ist auf allen Ebenen mit mehr Ressourcen auszustatten, auch mit Blick auf die häufigen Unterrichtsausfälle im Zuge von Lehrer*innenstreiks.
- Jugendliche sollten die Möglichkeit erhalten, bei Sicherheitsfragen mitzusprechen. Zudem sollten sie in der Armee Verantwortung tragen. Beides fördert die Identifikation mit dem Staat und kann insofern auch präventiv gegen Radikalisierung wirken.

Workshop II: Ressourcenkonflikte im Kontext von Klimawandel und Landgrabbing

- Bodenspekulation, Landraub und Zwangsumsiedlungen sind zu verhindern. Ungenutztes Land sollte zurückgegeben werden. Hierzu gehören ggf. auch Untersuchungen zu den Eigentümern einzelner Parzellen.
- Um Landkonflikte zu vermeiden, sollte das Wohnheitsrecht und klassische Konfliktlösungsmechanismen im Rahmen der allgemeinen Gesetzgebung gestärkt werden. Zudem ist darauf zu achten, dass die Rechte von Viehhirten ebenfalls gesetzliche Verankerung finden.
- Wo bereits ein fortschrittliches Bodenrecht besteht (wie in Burkina Faso und Niger), ist seine systematische Anwendung zu garantieren.
- Kleinbäuerliche Landwirtschaft und agrarökologische Methoden sollten gestärkt werden. Dies schließt Mechanisierung und Weiterentwicklung der kleinbäuerlichen bzw. familiären Landwirtschaft zum Zwecke der Ertragssteigerung nicht aus. Zu vermeiden sind jedoch negative Auswirkungen auf andere bäuerliche Haushalte oder die Umwelt. Das Prinzip der Ernährungssouveränität sollte als programmatischer Orientierungspunkt Eingang in die nationalen Agrarpolitiken finden.
- Im Falle von Landnutzungskonflikten sollten Amalgame, also die Entstehung von Vorurteilen gegenüber bestimmten Gruppen vermieden werden ("alle Peul sind Terroristen", "alle Dogon sind Milizen", "alle Araber sind Drogenhändler" etc.). Auch simplizistische Erzählungen über die Entstehung von Konflikten sollten zurückgewiesen werden.
- Persönlichkeiten, die sich für Frieden einsetzen und daher auch Amalgame und simplizistische Narrative öffentlich hinterfragen, ist – sofern sie das wünschen – umfassender (Personen-)Schutz zu gewähren.

²⁶ Die hier dokumentierten Forderungen sind wörtliche Übernahmen aus der im 6. Kapitel erfolgten Zusammenfassung der Workshops

Workshop III: Internationale Sicherheitspolitik und lokale Konflikttransformation

- Statt militärisch sollte sich Deutschland stärker im Entwicklungsbereich engagieren. Dabei ist eine Konditionalisierung der Entwicklungshilfe zu unterlassen, etwa was die Verknüpfung mit migrations- und/oder sicherheitspolitischen Maßnahmen betrifft.
- Eine Zusammenarbeit mit undemokratischen Regimen wie im Tschad ist zu unterlassen bzw. auf das Nötigste zu begrenzen. Menschenrechtsverletzungen dürfen nicht als unvermeidbare Begleiterscheinungen des Anti-Terrorkampfes oder der restriktiven EU-Migrationspolitik hingenommen werden.
- Zivilgesellschaftliche Akteure müssen gestärkt werden. Hierzu gehören auch grenzüberschreitende Projekte, die nicht nur die Wirksamkeit zivilgesellschaftlicher Interventionen erhöhen, sondern auch einen wechselseitigen Schutz darstellen. Erhöhte Aufmerksamkeit ist auf den Schutz von Menschenrechtsaktivist*innen zu legen
- Europäische NGO sollten sich stärker auf strategische Debatten mit ihren Partnern im Sahel einlassen. Gleichzeitig ist der wechselseitige Informationsaustausch zu erhöhen, auch unter Berücksichtigung davon, dass viele Informationen leichter in Europa abzurufen sind.
- Wichtig ist auch, zivilgesellschaftliche Strukturen dort zu stärken, wo sie noch nicht bestehen. Dabei sollten nicht nur Organisationen gefördert werden, die als etablierte Akteure bereits aktiv sind – in aller Regel in großen Städten. Vielmehr gilt es, auch kleine Basisinitiativen oder soziale Bewegungen zu fördern. Nur so kann in entlegenen Gegenden eine gewisse Stärke seitens der Zivilgesellschaft entwickelt werden.

- Lokale Dialogformate sind in großem Stil auszubauen – auch mit Blick auf ihre Mobilisierungskraft. In diesem Zusammenhang sind bereits gemachte Erfahrungen mit lokalen Dialog- und Friedensprozessen systematisch zu berücksichtigen, auch was die Notwendigkeit betrifft, Sicherheitsmanagement primär als lokale Aufgabe zu betrachten. Darüber hinaus sind religiöse und traditionelle Autoritäten stärker einzubeziehen, als das seitens internationaler NGO häufig der Fall ist.
- Grundsätzlich ist im Interesse der Nachhaltigkeit auf langfristige Engagements zu achten, auch was den Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen und Handlungskompetenzen betrifft.

Empfehlungen an Fokus Sahel

- Zukünftig sollten die Botschafter*innen der Sahelländer ausdrücklich zu Tagungen von Fokus Sahel eingeladen werden. Zudem gilt es, mehr Anstrengungen zu unternehmen, um Repräsentant*innen der jeweiligen Diaspora-Communities als Teilnehmer*innen (oder Referent*innen) zu gewinnen.
- Ähnliches gilt für Mitglieder des Bundestags – auch um sie sollte stärker geworben werden. In diesem Zusammenhang wurde insbesondere die Empfehlung ausgesprochen, die nächste Fokus Sahel-Tagung in Berlin auszurichten.
- Hinsichtlich der Referent*innen wurde von einigen Teilnehmer*innen aus dem Sahel der Wunsch formuliert, mehr europäische Referent*innen ins Programm zu nehmen, so dass die Referent*innen aus den Sahelländern stärker von diesbezüglicher Expertise profitieren könnten. Außerdem sei es erforderlich, den Anteil weiblicher Referent*innen aus den Sahelländern zu erhöhen. ☉

09

REFERENT*INNEN
DER TAGUNG

- Dr. **Pierre-Yves Boissy** promovierte an der Universität Paris-Dauphine in Politikwissenschaft. Derzeit ist er der Sahel-Koordinator des Europäischen Auswärtigen Dienstes und dort insbesondere für die Umsetzung der Sahel-Strategie der EU zuständig.
- **Boniface Cissé** studierte Privatrecht an der Universität Bamako sowie Entwicklungspolitik und -praxis am Institut de hautes études internationales et du Développement in Genf. Seit 2018 ist er für das Zivile Friedensdienstprogramm von EIRENE im Sahel verantwortlich.
- **Chéibane Coulibaly** ist Professor für Sozialwissenschaften und Forschungsdirektor mit Schwerpunkt Entwicklungspolitik. Als Schriftsteller ist er Mitglied der Königlichen Akademie für Überseewissenschaften Belgiens und der Wissenschaftsakademie Malis. Derzeit leitet er die Privatuniversität Mande Bukari, deren Gründer er ist.
- **Soumana Coulibaly** ist Ökonom und Sozialarbeiter, seit 1992 spezialisiert auf die Themen Kinderrechte und Krisenmanagement. Derzeit ist er geschäftsführender Direktor von Enda Mali, einem Mitglied des internationalen Netzwerkes Enda Tiers Monde.
- Dr. **Youssouf Z. Coulibaly** ist Professor für Völkerrecht und internationale Beziehungen an der Fakultät für öffentliches Recht der Universität für Rechts- und Politikwissenschaften in Bamako. Als Dozent ist er für die Ausbildung von Soldaten, Polizisten, Gendarmen und Zivilisten Afrikas bezüglich der Achtung der Rechte unter anderem von Frauen und Kindern in bewaffneten Konflikten zuständig.
- **Sabine Dorlöchter-Sulser** ist Soziologin und Geographin und arbeitet als Referentin für Ländliche Entwicklung bei MISEREOR, einer deutschen NGO. Sie verfügt über 30 Jahre Berufserfahrung in der Entwicklungszusammenarbeit, davon zehn Jahre in Burkina Faso, Mali und Niger.
- **Sabine Eckart** hat Politikwissenschaft studiert. Seit 1998 hat sie bei medico international zunächst den Nothilfebereich und in diesem Zusammenhang auch umfangreiche Flüchtlingshilfeprojekte koordiniert. Seit 2004 ist sie für den Arbeitsbereich Flucht und Migration zuständig. Dabei liegt ihr regionaler Schwerpunkt auf West- und Nordafrika.
- Dr. **Badié Hima** ist spezialisiert auf politische und moralische Philosophie, Pädagogik und Didaktik, Kommunikation, Menschenrechte und Flüchtlingsrechte sowie auf Capacity Building für Zivilgesellschaft, politische Parteien und demokratische Institutionen. Seit Januar 2012 ist Badié Hima Senior Resident Director des National Democratic Institute (NDI) in Mali.
- **Silga Lucien** ist Jurist. Er ist Gründungsmitglied von FIAN Burkina Faso und seit Februar 2014 dessen Koordinator. Silga Lucien verfasste den Alternativbericht über den Stand des Rechts auf Nahrung in Burkina Faso, den FIAN dem Ausschuss der Vereinten Nationen für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte im Juni 2016 vorgelegt hat.

- **Abas Mallam** ist Jurist, und arbeitet in den Bereichen Entwicklung, Friedensförderung, und Sicherheit. Als Gründungsmitglied des nigrischen Netzwerks für gewaltfreie Konfliktbearbeitung (Réseau GENOVICO) ist Abas Mallam derzeit dessen Generalsekretär.
- **Baldal Oyamta** ist Jurist und seit den 1990er Jahren spezialisiert auf Menschenrechtsfragen sowie Konflikttransformation. Gegenwärtig ist er als nationaler Koordinator bei der Ligue Tchadienne des Droits de l'Homme (LTDH) tätig.
- **Ouiry Sanou** ist Jurist. Seit 1998 ist er Mitglied der Generalunion der Studenten Burkina Fasos. Er ist Mitglied der Organisation Démocratique de la Jeunesse du Burkina Faso (ODJ), wo er die Position des Generalsekretärs im Bureau Exécutif National (BEN) innehat.
- **Bernard Schmid** ist promovierter Jurist. Er lebt seit Mitte der 1990er Jahre in Paris und arbeitet als Jurist für die Gewerkschaft CGT sowie eine antirassistische Organisation. Neben seinem Beruf ist er als freier Journalist tätig und hat mehrere Sachbücher verfasst.
- **Abdoulaye Sounaye** ist Wissenschaftler. Er ist mit dem Leibniz-Zentrum Moderner Orient in Berlin, dem Lasdel in Niamey und der Abdou Moumouni Universität in Niamey assoziiert. Seine Forschungen befassen sich vor allem mit religiöser Aneignung (Salafismus, Dschihadismus, Pentekostalismus/Pfingstbewegung) durch junge Menschen in Westafrika, insbesondere im Sahel.
- **Moussa Tchangari** ist Generalsekretär der Vereinigung Alternative Espaces Citoyens, einer der wichtigsten zivilgesellschaftlichen Organisationen in Niger. 1991 war Moussa Tchangari einer der Gründer der Association Nigérienne des Droits de l'Homme (ANDDH). Er ist zudem als Journalist tätig.
- **Fatouma Elhadi Touré** ist Lehrerin, Politikerin, Medienfrau, und engagiert sich insbesondere für Frauen und gefährdete Jugendliche. Sie ist aktiv in der Association Jeunes Femmes Leaders de Gao, in der sie Vizepräsidentin ist.
- **Antonia Witt** ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK). Dort arbeitet sie zu Interventionen afrikanischer Regionalorganisationen (AU, ECOWAS) in politischen Krisen und erforscht deren Auswirkungen auf Ordnung und Frieden in den betroffenen Ländern. ☺

10

Ergänzende Informationen

10.1

Dokumentation der Vorträge im Internet

Sämtliche Vorträge (außer die von **Bernhard Schmid** und **Sabine Dorlöchter-Sulser**) können auf der Webseite von Fokus Sahel heruntergeladen werden – teils als stichpunktartige Merktzettel, teils als vollständig ausgearbeitete Redemanuskripte: www.fokussahel.de. Leider liegen die Vorträge ausschließlich in französischer Sprache vor – eine Übersetzung wäre aus finanziellen Gründen nicht möglich gewesen. Allerdings sei darauf hingewiesen, dass mit dem Übersetzungsprogramm www.deepl.com sehr gute Übersetzungsergebnisse erzielt werden können.

10.2

Finanzielle Förderung der Tagung

Die Tagung wurde gefördert von Engagement Global, den Evangelischen Akademien in Deutschland, der Evangelischen Militärseelsorge, der Friedrich-Ebert-Stiftung, und der Heinrich-Böll-Stiftung. Fokus Sahel möchte sich hierfür ganz herzlich bedanken!

10.3

Evangelische Akademie Frankfurt

Die Tagung wurde von Fokus Sahel in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Frankfurt durchgeführt. In diesem Zusammenhang sei ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Evangelische Akademie die Tagung auf ihrer Webseite ebenfalls dokumentiert hat – unter der Rubrik "Medienzentrum": www.evangelische-akademie.de

10.4

Autor der Dokumentation

Olaf Bernau ist Soziologe. Er ist Journalist und gehört zum Koordinierungskreis des transnationalen Netzwerks Afrique-Europe-Interact. In diesem Zusammenhang hält er sich regelmäßig im Sahel auf, insbesondere in Mali.



Workshop II: Ressourcenkonflikte im Kontext von Klimawandel und Landgrabbing. Bild: Helga Dickow

11

Programm der Tagung

27. März

14 h – Begrüßungen

Eberhard Pausch, *Pfarrer und Studienleiter, Evangelische Akademie Frankfurt*; Grit Lenz, *Koordinatorin Fokus Sahel*

14:45 - 18:15 h – Einleitungsvorträge

Ökonomische und geostrategische Interessen internationaler Akteure im Sahel

Bernard Schmid, *freier Journalist und Anwalt, Paris*

Governance-Herausforderungen im Kontext der Sicherheitskrise in der Sahelregion

Badié Hima, *National Democratic Institute, Bamako*

Ziele und Konsequenzen der „Versicherheitslichung“ der deutschen und europäischen Politik gegenüber den Sahelstaaten

Youssef Coulibaly, *Université des sciences juridiques et politiques, Bamako*

28. März

9 - 10 h – Einführende Vorträge für die Arbeitsgruppen

Jugend zwischen Perspektivlosigkeit und Aufbruch

Boniface Cissé, *EIRENE au Sahel, Niamey*

Ressourcenkonflikte im Kontext von Klimawandel und Landgrabbing

Chéibane Coulibaly, *Université Mande Bukari, Bamako*

Internationale Sicherheitspolitik und lokale Konflikttransformation

Moussa Tchangari, *Alternative Espaces Citoyen, Niamey*

11 - 15:30 h – Parallele Arbeitsgruppen

Workshop I: Jugend zwischen Perspektivlosigkeit und Aufbruch

Fatouma Elhadj Touré, *Association des jeunes femmes leaders, Gao*; Abdoulaye Sounaye, *Leibniz Zentrum Moderner Orient, Berlin*; Ouiry Sanou, *Organisation Démocratique de la Jeunesse de Burkina Faso, Ouagadougou*; Moderation: Floretta Kayales, *Brot für die Welt, Berlin*

Workshop II: Ressourcenkonflikte im Kontext von Klimawandel und Landgrabbing

Sabine Dorlöchter-Sulser, *Misereor, Aachen*; Lucien Silga, *FIAN – Burkina Faso, Ouagadougou*; Moderation: Olaf Bernau, *Afrique-Europe-Interact, Bremen*

Workshop III: Internationale Sicherheitspolitik und lokale Konflikttransformation

Baldal Oyamta, *Ligue Tchadienne des Droits de l'Homme, N'Djamena*; Soumana Coulibaly, *Enda Mali, Bamako*; Abas Mallam, *Réseau GENOVICO, Niamey*; Harald Aschenbrenner, *Militärseelsorge, Fritzlar*; Moderation: Günter Schöneegg, *Berater für EIRENE, Odenheim*

16 h – Synthese + Diskussion (Plenum)

Moderation: Alexander Göbel, *freier Journalist*

19 h – Podiumsdiskussion: EU-Politik im Sahel – um wessen Sicherheit geht es?

Moussa Tchangari, *Alternative Espaces Citoyens, Niamey*; Antonia Witt, *Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt am Main*; Pierre-Yves Boissy, *Coordinator Sahel Strategy and Trust Fund, EEAS, Brüssel*; Sabine Eckart, *medico international, Frankfurt am Main*; Moderation: Alexander Göbel, *freier Journalist*

FOKUS SAHEL



WWW.FOKUSSAHEL.DE